

Thoma, Oliver; Wapler, Rüdiger; Wedel, Katharina

Research Report

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten: Länderstudie Baden-Württemberg

IAB-Regional. IAB Baden-Württemberg, No. 02/2016

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Thoma, Oliver; Wapler, Rüdiger; Wedel, Katharina (2016) : Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten: Länderstudie Baden-Württemberg, IAB-Regional. IAB Baden-Württemberg, No. 02/2016, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/177946>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Regional

Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz

2/2016

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Baden-Württemberg

Oliver Thoma
Rüdiger Wapler
Katharina Wedel

ISSN 1861-2245

IAB Baden-Württemberg
in der Regionaldirektion

Baden-
Württemberg

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Baden-Württemberg

Oliver Thoma (IAB Baden-Württemberg)

Rüdiger Wapler (IAB Baden-Württemberg)

Katharina Wedel (IAB)

IAB-Regional berichtet über die Forschungsergebnisse des Regionalen Forschungsnetzes des IAB. Schwerpunktmäßig werden die regionalen Unterschiede in Wirtschaft und Arbeitsmarkt – unter Beachtung lokaler Besonderheiten – untersucht. IAB-Regional erscheint in loser Folge in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und wendet sich an Wissenschaft und Praxis.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	9
1 Einleitung	10
2 Das Land Baden-Württemberg und seine wirtschaftliche Entwicklung	11
2.1 Entstehungsgeschichte, Geographie und Bevölkerung	11
2.2 Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs	12
2.3 Die Wirtschaft Baden-Württembergs heute	13
2.4 Arbeitsmarkt	15
3 Ausgangslage und theoretische Erklärungsansätze	17
4 Kurzbeschreibung der Daten	20
5 Analyse der Beschäftigungsentwicklung	20
5.1 Beschäftigungsentwicklung	20
5.2 Brancheneffekt	21
5.3 Qualifikationseffekt	24
5.4 Betriebsgrößeneffekt	27
5.5 Standorteffect	30
6 Überblick über die westdeutschen Bundesländer und Vergleich mit früheren Ergebnissen	33
6.1 Brancheneffekte	33
6.2 Qualifikationseffekte	33
6.3 Betriebsgrößeneffekte	34
6.4 Standorteffecte	34
7 Fazit	35
Literatur	37
Anhang	39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Durchschnittlicher Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungs- und Industriebereich in Baden-Württemberg und Westdeutschland, in Prozent, 1999 bis 2013	14
Abbildung 2:	Wirtschaftliche Kenngrößen für Baden-Württemberg, 2013, als prozentualer Anteil Deutschlands.....	15
Abbildung 3:	Entwicklung der Arbeitslosenzahl in Westdeutschland und Baden-Württemberg, (Jahresdurchschnitt), 1999 bis 2013, 1999 = 100 Prozent	16
Abbildung 4:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Westdeutschland und Baden-Württemberg (Jahresdurchschnitt), 1999 bis 2013, 1999 = 100 Prozent.....	17
Abbildung 5:	Beschäftigungswachstum am Arbeitsort in den westdeutschen Bundesländern, 1999 bis 2013, 1999 = 100 Prozent.....	18
Abbildung 6:	Qualifikationsanteil in Baden-Württemberg und Westdeutschland, in Prozent, Durchschnitt 1999 bis 2013.....	26
Abbildung 7:	Betriebsgrößen in Baden-Württemberg und Westdeutschland, in Prozent, 1999 bis 2013	28

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Beschäftigungswirkung und -anteile der Branchen in Baden-Württemberg, 1999 bis 2013.....	22
Tabelle 2:	Übersicht Brancheneffekt in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1993 bis 2001 und 1999 bis 2013.....	33
Tabelle 3:	Übersicht Qualifikationseffekte in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013	34
Tabelle 4:	Betriebsgrößeneffekte in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013.....	34
Tabelle 5:	Standorteffekte in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013.....	35

Kartenverzeichnis

Karte 1:	Brancheneffekt in baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013.....	24
Karte 2:	Qualifikationseffekt in den baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013.....	27
Karte 3:	Betriebsgrößeneffekt in den baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013.....	30
Karte 4:	Standorteffekt in den baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013.....	32

Anhangsverzeichnis

Tabelle A 1:	Geschätzte Auswirkung auf die Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Branchen, der Qualifikationsgruppen sowie der Betriebsgrößen für Westdeutschland	39
Tabelle A 2:	Übersicht über die Effekte in den Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013	40
Karte A 1:	Dienstleistungsanteil in den Kreisen in Baden-Württemberg, in Prozent, 1999 bis 2013	41

Zusammenfassung

Sowohl zwischen den westdeutschen Bundesländern als auch innerhalb der Bundesländer auf Kreisebene gibt es regionale Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung. Mit der vorliegenden Analyse sollen Erklärungen hierfür gefunden werden. Hierzu wird eine Shift-Share-Regressionanalyse durchgeführt. Dabei wird untersucht, wie sich die regionale Branchen-, Qualifikations- sowie Betriebsgrößenstruktur auf das Wachstum der Beschäftigung auswirken. Darüber hinaus wird die Rolle der Standortbedingungen auf die Beschäftigungsentwicklung analysiert.

Die Analyse zeigt, dass der Qualifikationseffekt in Baden-Württemberg die Beschäftigungsentwicklung am meisten positiv prägt. Hier spielt vor allem der überdurchschnittliche Anteil Hochqualifizierter im Land eine Rolle. Dagegen gehen von der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur eher negative Wirkungen aus. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass im Bundesland sowohl Branchen mit hohen Wachstumsraten, wie beispielsweise das Gesundheits- und Sozialwesen, unterrepräsentiert sind als auch solche, die eine eher ungünstige Beschäftigungsentwicklung in der Vergangenheit hatten, relative hohe Beschäftigungsanteile aufweisen (z. B. die Metallerzeugung bzw. -verarbeitung). In Westdeutschland insgesamt sind es eher die kleineren Betriebe, die ein starkes Beschäftigungswachstum in der Vergangenheit hatten. Diese sind aber in Baden-Württemberg eher unterrepräsentiert. Die Standortbedingungen im Bundesland sind denen im westdeutschen Durchschnitt sehr ähnlich. Aus diesem Grund haben sie weder einen über- noch unterdurchschnittlichen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung ausgeübt.

Keywords: Baden-Württemberg, Beschäftigungsentwicklung, Länderarbeitsmärkte, Shift-Share-Regression

Wir danken Silke Hamann, Andrea Stöckmann, Lutz Eigenhüller und Uwe Sujata für wertvolle Hinweise.

1 Einleitung

„Das Land der Tüftler und Denker“ (Landeszentrale für politische Bildung 2003: 66) – dieser Slogan beschreibt treffend das Bundesland Baden-Württemberg. Neben den Erfindern des Automobils Gottlieb Daimler (Schwabe) und Carl Benz (Badener) lebten und wirkten hier auch Dichter und Denker wie Friedrich Schiller und Eduard Mörike. Das Land besitzt wenige Bodenschätze, weshalb es sich auf die Ideen, den Erfindungsreichtum, das Wissen und den Fleiß des Humankapitals stützt. Dass innovative Ideen hier eine besondere Rolle spielen, zeigt sich u. a. daran, dass Baden-Württemberg im Jahr 2015 pro 100.000 Einwohner die meisten Patentanmeldungen aller Bundesländer verzeichnete und sowohl bei der Zahl der Patentanmeldungen als auch beim Anteil an allen Patentanmeldungen hinter Bayern auf dem zweiten Platz lag (Deutsches Patent- und Markenamt 2016).

Trotz der eher spät einsetzenden Industrialisierung ist das Land von einem Agrarland zu einer der führenden Wirtschafts- und Forschungsregionen aufgestiegen (Baden-Württemberg 2016c; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2016a). Baden-Württemberg nimmt mittlerweile den Spitzenplatz im Außenhandel im Vergleich der Flächenländer Deutschlands ein. Die Exportquote von 41,2 Prozent in 2014 weist einerseits auf die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit hin, andererseits befindet sich das Land durch die starke Exportorientierung in einer gewissen Abhängigkeit von der Auslandsnachfrage. Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen sowie pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse haben den größten Anteil an der jährlichen Ausfuhr Baden-Württembergs.¹ Das Verarbeitende Gewerbe stellt somit einen großen und sehr bedeutenden Teil der Wirtschaftsstruktur dar. Der Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe lag zwischen 1999 bis 2013 (der Zeitraum auf den sich die vorliegende Analyse bezieht) im Durchschnitt bei 29,5 Prozent. Damit erreicht Baden-Württemberg den höchsten Anteil aller Bundesländer.

Verglichen mit anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg einen recht geringen Tertiarisierungsgrad.² Er liegt im Durchschnitt des Analysezeitraums (1999–2013) bei 63,4 Prozent und ist damit der niedrigste Wert aller Bundesländer,³ während er beispielsweise in den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg bei über 80 Prozent liegt. „Als einer der Gründe für den relativ geringen Tertiarisierungsgrad der baden-württembergischen Wirtschaft kann angeführt werden, dass die Betriebe ihre Dienstleistungsbereiche noch nicht in dem Maße ausgliedert haben, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist“ (Rau/Werner 2005: 1). Man kann schon fast von einer „Dienstleistungslücke in Baden-Württemberg“ sprechen (Krumm/Strotmann 2009: 21). Doch auch innerhalb Baden-Württembergs variiert der Dienstleistungsanteil je Region. In den Städten Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe liegt er über 80 Prozent, während er im Kreis Biberbach, Raststatt, Tuttlingen und im Enzkreis bei unter 50 Prozent liegt (vgl. Karte A 1 im Anhang).

¹ Im Verarbeitenden Gewerbe betrug die Exportquote in 2014 sogar 54,3 Prozent. Dieser Wert stieg in 2015 auf einen neuen Höchststand von 56,4 Prozent (siehe Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2016d).

² Der Tertiarisierungsgrad beziffert den Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor an allen Beschäftigten. Für eine genaue Definition siehe Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016).

³ Diese Angaben beruhen auf Daten aus der Beschäftigtenstatistik der BA und können daher leicht von offiziellen Zahlen abweichen. Siehe Kapitel 4 für Details.

Diese unterschiedlichen Schwerpunkte legen die Vermutung nahe, dass die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Baden-Württembergs keineswegs gleichmäßig verläuft. Ziel dieser Studie ist es, zu untersuchen, wie sich Unterschiede nicht nur in der Branchenstruktur, sondern auch in der Betriebsgrößen- und Qualifikationsstruktur auf die regionale Beschäftigungsentwicklung auswirken. Neben diesen Strukturkomponenten werden auch die Einflüsse regionaler Standortbedingungen analysiert. Eine solche Analyse ist für Baden-Württemberg bereits im Jahr 2005 durchgeführt worden (siehe Rau/Werner 2005). In diesem Bericht werden die Ergebnisse für einen aktuelleren Zeitraum präsentiert und es wird verglichen, ob sich wesentliche Veränderungen zu früheren Untersuchungen ergeben haben. Dazu erfolgt zunächst ein kurzer Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und Struktur in Baden-Württemberg. In Kapitel 3 wird kurz der theoretische Hintergrund der Analyse dargestellt. Anschließend erfolgt eine Beschreibung der verwendeten Datenbasis bevor in Kapitel 5 die Ergebnisse für Baden-Württemberg erläutert werden. Kapitel 6 stellt sowohl einen Vergleich mit den anderen Bundesländern dar, als auch einen Rückblick auf die Ergebnisse für Baden-Württemberg in der ursprünglichen Analyse von 2005. Kapitel 7 bildet das abschließende Fazit.

2 Das Land Baden-Württemberg und seine wirtschaftliche Entwicklung

2.1 Entstehungsgeschichte, Geographie und Bevölkerung

Nach Ende des zweiten Weltkriegs wurden die Länder Baden, Württemberg und das preußische Hohenzollern zwischen den amerikanischen und französischen Streitkräften aufgeteilt. Württemberg und das nördliche Baden kamen unter dem Namen Württemberg-Baden unter amerikanische Aufsicht, während die Gebiete Baden und Württemberg-Hohenzollern von Franzosen kontrolliert wurden.

Im Jahr 1952 wurde nach langen Verhandlungen in einer Volksabstimmung über den „Zusammenschluss zu einem großen Südweststaat“ (Rau/Werner 2005: 3) abgestimmt. Aufgrund einer Mehrheit von 69,7 Prozent wurde daraufhin das Bundesland Baden-Württemberg gegründet.

Mit 35.751 km² ist es das flächenmäßig drittgrößte Bundesland und auch bei der Bevölkerungszahl rangiert es mit ca. 10,6 Mio. Einwohnern im Jahr 2013 auf dem dritten Platz. Damit ist es ein relativ dicht besiedeltes Land. Das Land ist in 35 Landkreise und neun Stadtkreise aufgeteilt, und in die 4 Regierungsbezirke Freiburg, Karlsruhe, Tübingen und Stuttgart untergliedert.

Im Zuge des Zensus 2011 wurden ca. 1,3 Mio. Ausländer (11,9 %) in Baden-Württemberg gezählt. In den Stadtkreisen ist der Anteil an Ausländern meist etwas höher als in den Landkreisen. In den Stadtkreisen lag der Ausländeranteil bei ca. 21 Prozent, während er in den Landkreisen bei ca. 12 Prozent lag. Die höchsten Anteile an Ausländern findet man in Stuttgart, Mannheim und Heilbronn, während im Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis und in Biberach die niedrigste Anteil an Ausländern erfasst wurde (siehe Eckelt 2014). Gut 40 Prozent der Ausländer stammen aus einem der 27 weiteren EU-Staaten (Baden-Württemberg 2016a). Der Migrantenanteil ist deutlich höher und betrug 27,1 Prozent im Jahr

2012 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2016c). Auch in Baden-Württemberg gibt es ein Geburtendefizit, weshalb – zumindest ohne Zuwanderung – das Durchschnittsalter steigt und die Bevölkerungsgröße abnimmt. 2011 betrug der Anteil der 40- bis 65-Jährigen rund 37 Prozent, während es in der Gruppe der unter 15-Jährigen nur 14 Prozent waren. Den aktuellsten Prognosen zu Folge (siehe Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2016b) wird die Zahl der Menschen, die in Baden-Württemberg leben, bis zum Jahr 2035 auf 11,1 Mio. steigen. Der Anteil der Personen, die dann 60 Jahre und älter sind, steigt dann auf ein Drittel. Der Anteil der unter 15-Jährigen bleibt den Vorausrechnungen zu Folge bei 14 Prozent, während der Anteil der 40- bis unter 65-Jährigen auf 32 Prozent sinkt.

2.2 Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs

Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft ging im Bundesland langsamer voran als in anderen Gebieten. Erst mit der zweiten Phase der Industrialisierung ab der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die industrielle Entwicklung Fahrt auf, wodurch sich der Strukturwandel beschleunigte. Während dieser zweiten Phase kam es nicht mehr primär auf Rohstoffe wie Kohle und Eisen an, sondern vielmehr auf qualifizierte Arbeitskräfte mit technologischem Wissen. In Baden-Württemberg konnten Unternehmen in den neuen Industriezweigen wie Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und Fahrzeugbau diese gut qualifizierten Arbeitskräfte vorfinden. „Das Zusammenspiel von Arbeitsmentalität und hohem Ausbildungsstand“ können als der besondere „Reichtum“ Baden-Württembergs (Wehling 1999: 8) genannt werden. In der Folge wurden in Baden-Württemberg qualitativ hochwertige Produkte hergestellt und weniger nach tayloristischer Massenproduktion produziert. Im Südwesten waren zu dieser Zeit auch ausreichend Flächen für die Ansiedlung von Betrieben und die Bereitstellung von Wohnraum für Arbeitskräfte vorhanden.

Auf diese Weise entwickelte sich Baden-Württemberg über die Jahre hinweg zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. Nach dem zweiten Weltkrieg verlegten auch einige Unternehmen wie Zeiss ihren Unternehmenssitz „aus der sowjetischen Besatzungszone in den Südwesten und es kam zu neuen Firmengründungen durch Flüchtlinge und Vertriebene“ (Rau/Werner 2005: 5). Ebenso bauten US-Firmen hier nun ihre Standorte nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf, um „Zollschranken zu umgehen und auf dem Europäischen Markt Fuß zu fassen“ (Rau/Werner 2005: 5).

Von der Nachkriegszeit bis in die 1990er Jahre befand sich das Land in einer wirtschaftlichen Blütezeit und entwickelte sich so zu einer der wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen innerhalb Deutschlands: die Arbeitslosenquote ist durchgehend unterdurchschnittlich und das Pro-Kopf-Einkommen überdurchschnittlich.

Zu Beginn der 1990er Jahre zeigten sich allerdings in der wirtschaftlichen Krise „Schwächen des baden-württembergischen Modells“ (Rau/Werner 2005: 7). Auf der einen Seite bietet eine Konzentration auf wenige Branchen, wie in Baden-Württemberg, Spezialisierungsvorteile. Andererseits ist es aber auch deshalb nicht möglich, „flexibel auf die Krise zu reagieren“ (Rau/Werner 2005: 7). Mit 4,1 Prozent preisbereinigtem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gegenüber dem Vorjahr war die Krise 1993 bis dato einer der schwersten.

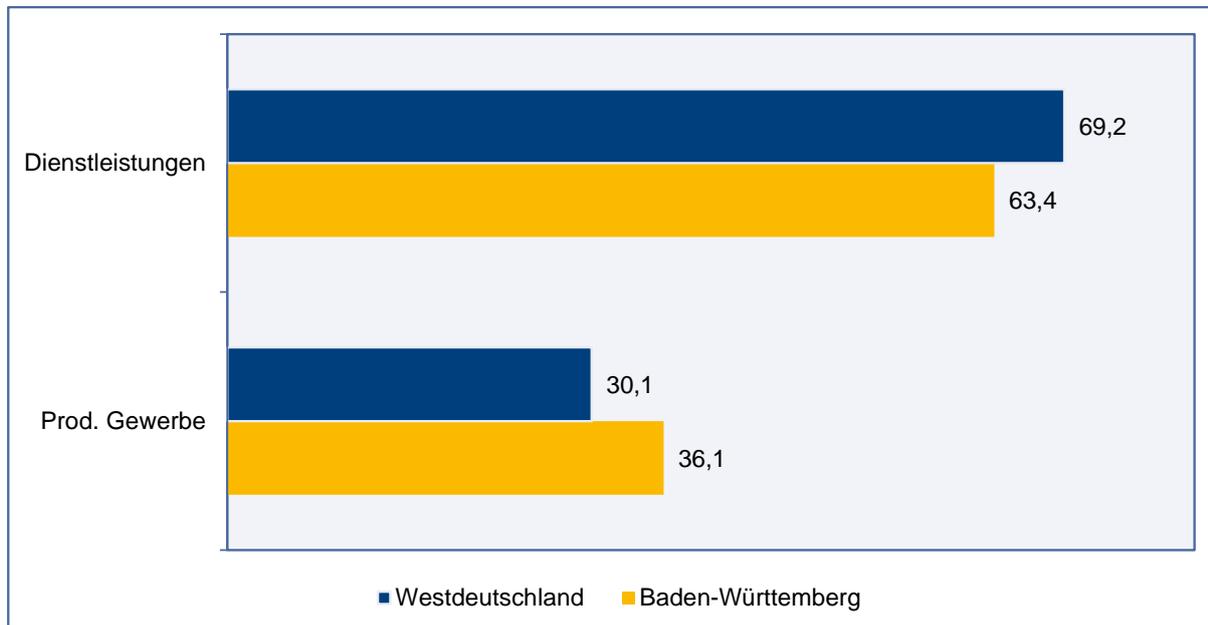
Diese Konzentration auf wenige Branchen und die hohe Exportabhängigkeit ist nach wie vor zu spüren. Durch diese hohe Exportabhängigkeit v. a. der Industrie ist die „Anfälligkeit der Südwestwirtschaft gegenüber konjunkturellen Schwankungen der Weltwirtschaft in besonderer Weise gestiegen“ (Fischer/Vullhorst/Werner 2009: 10). Die Krise 2008/2009 hat in Deutschland vor allem „die Leistungsträger in den exportorientierten Investitionsgüterindustrien getroffen. Die Folgen der Krise waren deshalb auf einige Sektoren begrenzt, vor allem auf die Exportindustrie und die damit verbundenen Wirtschaftszweige wie den Außenhandel. Kaum tangiert wurden dagegen solche Wirtschaftszweige, die auf den privaten Konsum ausgerichtet sind. Baden-Württemberg stand folglich mit seiner starken exportorientierten mittelständigen Wirtschaft an der Spitze bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit“ (Zimmermann 2009: 2). Dies hatte zur Folge, dass in den ersten beiden Quartalen 2009 die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg um ca. 10 bzw. 11 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück ging (Fischer/Vullhorst/Werner 2009: 10). Vergleicht man dies mit den anderen westdeutschen Bundesländern, so war Baden-Württemberg am drittstärksten (nach Bremen und dem Saarland) von der Krise betroffen. Das BIP des Verarbeitenden Gewerbes ging in 2009 verglichen mit dem Vorjahr sogar um 20,8 Prozent zurück. 2010 nahm es im Vergleich zum Vorjahr allerdings bereits wieder um knapp 24 Prozent zu, während es im westdeutschen Schnitt nur gut 17 Prozent waren. Die starke Zunahme könnte unter anderem auch dadurch verstärkt worden sein, dass in Deutschland im Zuge des Konjunkturpakets II die sogenannte Umweltprämie eingeführt wurde, durch die die Automobilherstellung angekurbelt wurde, denn diese Branche konzentriert sich besonders stark in Baden-Württemberg.⁴

2.3 Die Wirtschaft Baden-Württembergs heute

Die Konzentration auf relativ wenige Branchen ist nach wie vor ein Kennzeichen der Wirtschaftsstruktur im Bundesland (vgl. Abbildung 1). Heute entfällt rund „ein Viertel der Industrieumsätze (...) auf die Leitbranche Automobilbau mit Zulieferern, dicht gefolgt vom Maschinen- und Anlagebau sowie Metall- und Elektroindustrie“ (Baden-Württemberg 2016d). In den Branchen Elektrotechnik, Maschinenbau und Fahrzeugbau werden insgesamt ca. zwei Drittel des industriellen Gesamtumsatzes erwirtschaftet.

⁴ Neben dem Konjunkturpaket II hat die Bundesregierung in 2009 auch die Regelungen für die Inanspruchnahme von Kurzarbeit gelockert. Dies hat ebenfalls dazu geführt, dass die Zahl der Arbeitsplatzverluste reduziert werden konnte (siehe Balleer et al. 2016).

Abbildung 1: Durchschnittlicher Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungs- und Industriebereich in Baden-Württemberg und Westdeutschland, in Prozent, 1999 bis 2013



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Durch die hohe Konzentration Baden-Württembergs auf das Produzierende (und dabei besonders das Verarbeitende) Gewerbe kommt es zu einer hohen Betroffenheit Baden-Württembergs im Hinblick auf das Substituierbarkeitspotential der Berufe durch Computer. Werden Berufe mit hohem Substituierbarkeitspotenzial als solche definiert, in denen mehr als 70 Prozent der Tätigkeiten bereits heute von Computern oder computergesteuerten Maschinen erledigt werden könnten, zeigt sich, dass Baden-Württemberg zusammen mit dem Saarland und Thüringen den größten Anpassungsbedarf haben (Buch/Dengler/Matthes 2016). Demnach sind im Bundesland 17,4 Prozent der Beschäftigten von einem hohen Substituierbarkeitspotenzial betroffen.

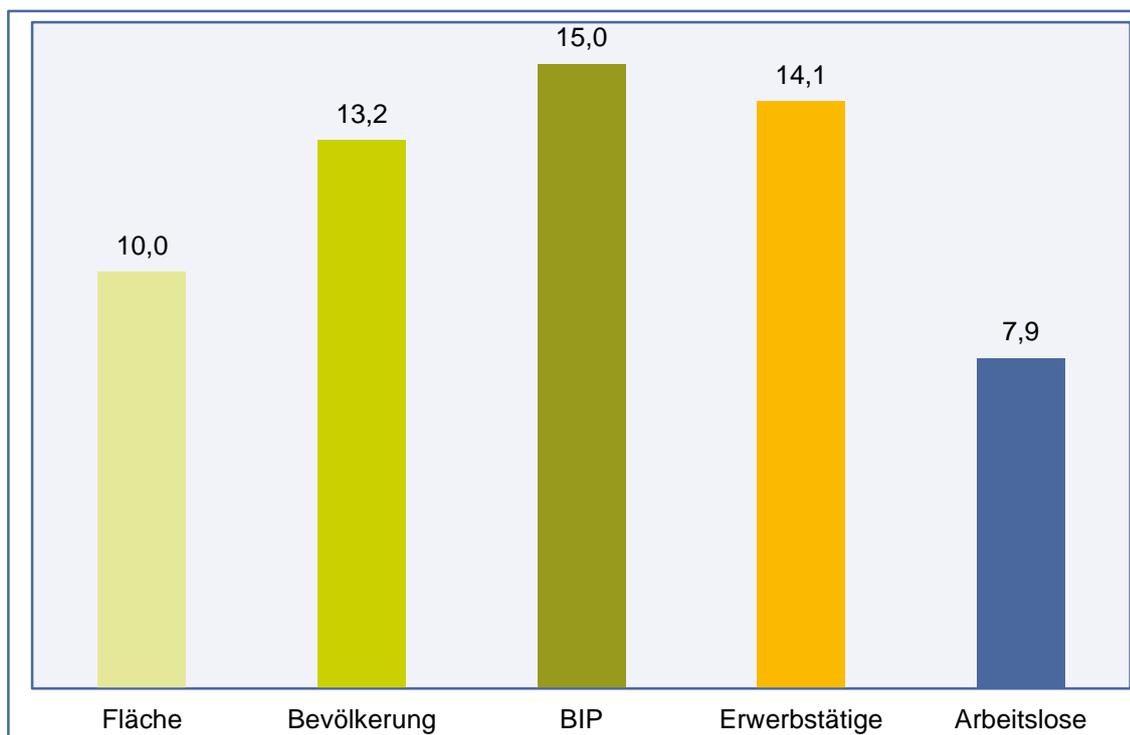
Des Weiteren besitzt Baden-Württemberg eine gut ausgebaute Forschungsinfrastruktur. In der Forschung und Gesundheitsversorgung mit Universitätskliniken belegt es den ersten Platz (Baden-Württemberg 2016b). Sowohl eine gute Klinik- als auch Hochschullandschaft zeichnet das Land aus. Man findet hier die dichteste Hochschullandschaft von Deutschland (17 % der Hochschulen befinden sich in Baden-Württemberg; der bundesweite höchste Anteil; Krumm/Strotmann (2009: 63)) und ca. 13 Prozent aller Studierenden in Deutschland studieren in Baden-Württemberg (nach 27 % in Nordrhein-Westfalen und 14 % in Bayern; Statistisches Bundesamt 2016b: 6). Damit befindet sich Baden-Württemberg zusammen mit Bayern auf dem zweiten Platz hinter Nordrhein-Westfalen, welches einen Anteil von ca. 25 Prozent an Studierenden aufweist. Bei der Exzellenzinitiative der Universitäten ist Baden-Württemberg eines der erfolgreichsten Länder. Die Hochschulen Baden-Württembergs sind von „überdurchschnittlicher Qualität“ (Krumm/Strotmann 2009: 64) im nationalen Vergleich. Neben den Hochschulen finden sich auch Institute der Max-Planck-Gesellschaft im Land, sowie außeruniversitäre, wirtschaftsnahe Forschungsreinrichtungen wie die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und Forschungszentren der Helmholtz-Gesellschaft e. V. Außerdem

hat das Land mit 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2013) mit Abstand die höchste Forschung und Entwicklungs-Ausgabenintensität unter den Bundesländern (siehe Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2015).

Im deutschlandweiten Vergleich gilt Baden-Württemberg als eine der „wirtschaftsstärksten Regionen“ (Rau/Werner 2005: 7). Das Bruttoinlandsprodukt betrug 420,82 Mrd. Euro im Jahr 2013. Das sind knapp 15 Prozent vom gesamtdeutschen BIP. Nur Bayern und Nordrhein-Westfalen hatten einen höheren Anteil. Das BIP je Erwerbstätigem betrug im Jahr 2013 70.784 Euro, dieses liegt über dem westdeutschen Schnitt von 68.954 Euro. Im gleichen Jahr betrug die Exporte Baden-Württembergs 173,3 Mrd. Euro, was zu einer Exportquote von 42,7 Prozent, die über der gesamtdeutschen Quote von 38,6 Prozent (Statistisches Bundesamt 2016a) liegt, führte. Der größte Teil der Exporte Baden-Württembergs geht in andere EU-Länder (87,6 Mrd. Euro). Auf Platz zwei und drei folgen Asien (mit 32,08 Mrd. Euro) und Amerika (mit 25,1 Mrd. Euro). Besonders die Branchen „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ und „Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen“ weisen einen sehr hohen Exportanteil auf (73,4 % und 70,7 %).

Im Jahr 2013 wurden Güter im Wert von insgesamt 137,15 Mrd. Euro importiert. Nur Bayern und Nordrhein-Westfalen importierten mehr.

Abbildung 2: Wirtschaftliche Kenngrößen für Baden-Württemberg, 2013, als prozentualer Anteil Deutschlands



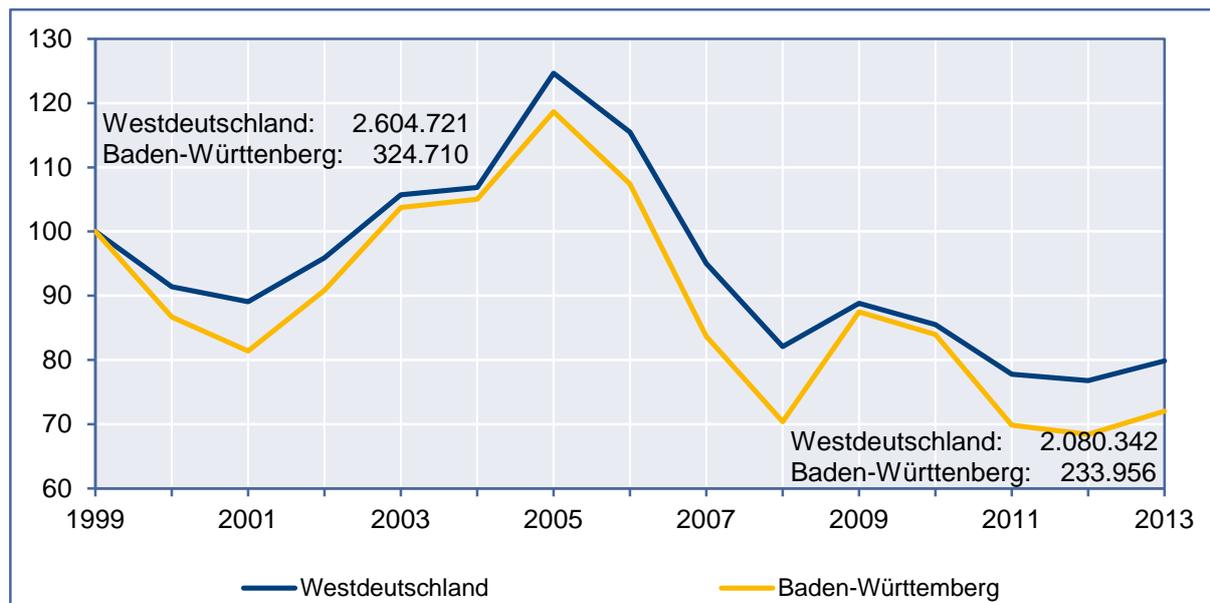
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder); Statista; Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarkt in Zahlen).

2.4 Arbeitsmarkt

Im Jahresdurchschnitt 2013 waren in Baden-Württemberg 233.956 Arbeitslose gemeldet. Daraus ergab sich eine Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent (bezogen auf alle zivilen Er-

werbspersonen).⁵ Diese lag deutlich unter der westdeutschen Arbeitslosenquote von 6,0 Prozent. Ab 1999 ging die Zahl der Arbeitslosen zurück. Diese Entwicklung hielt aber nur bis 2001 an. Im folgenden Jahr war bis 2005 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. In den Jahren 2005 bis 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen sowohl in Baden-Württemberg als auch in Westdeutschland. In Baden-Württemberg stieg sie im Jahr 2009 an und sank bis 2012 wieder und bewegt sich seitdem auf relativ konstantem Niveau.

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenzahl in Westdeutschland und Baden-Württemberg, (Jahresdurchschnitt), 1999 bis 2013, 1999 = 100 Prozent

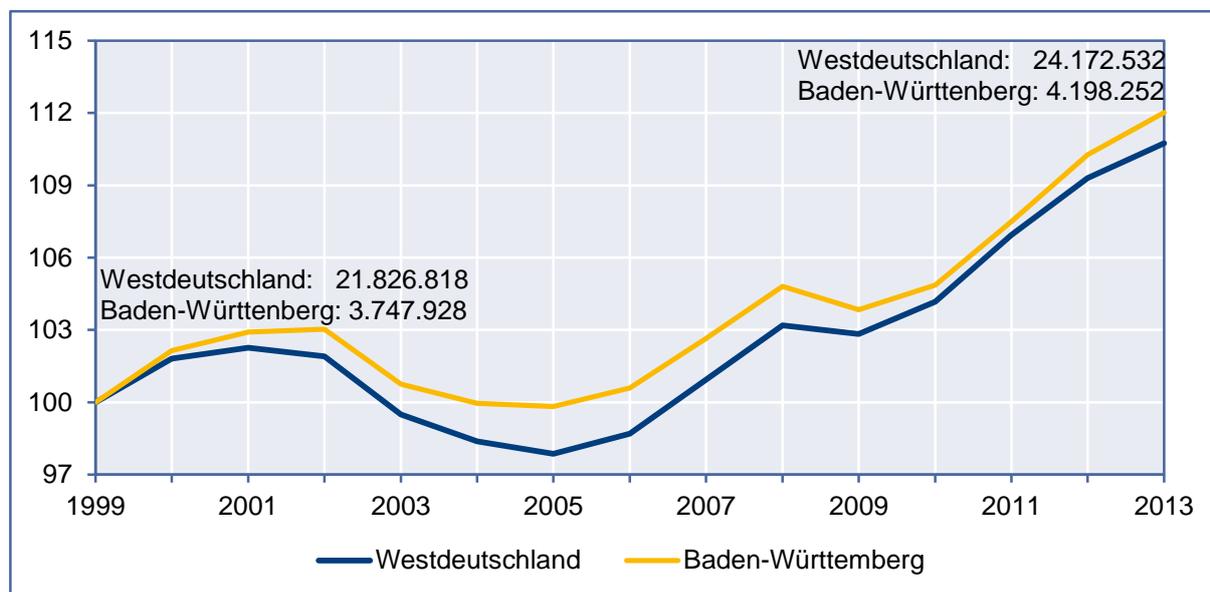


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Von 1999 bis 2002 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg. Bis 2005 sank die Zahl auf Grund der ungünstigen konjunkturellen Lage leicht und stieg seitdem kontinuierlich wieder an, mit einem leichten Rückgang während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Im Jahr 2013 waren in Baden-Württemberg 4.198.252 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

⁵ Die Zahlen in diesem Abschnitt beziehen sich auf das Jahr 2013, um sie besser mit den Regressionsergebnissen in Kapitel 5 vergleichen zu können.

Abbildung 4: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsplatz in Westdeutschland und Baden-Württemberg (Jahresdurchschnitt), 1999 bis 2013, 1999 = 100 Prozent



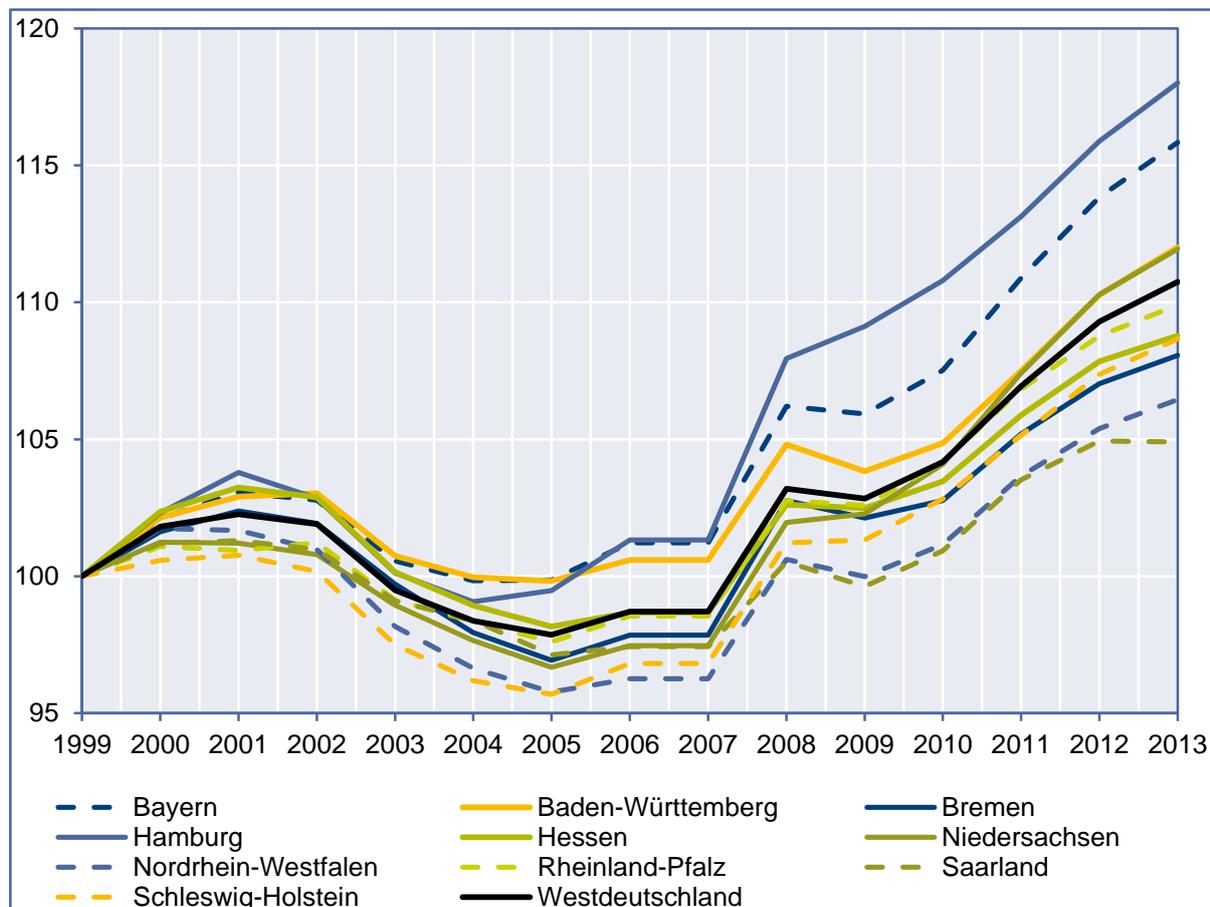
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Nach diesen deskriptiven Befunden zur wirtschaftlichen Struktur und zum Arbeitsmarkt im Allgemeinen wird im Folgenden die Beschäftigungsentwicklung näher analysiert. Hierzu werden Faktoren identifiziert, die die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1999 und 2013 beschleunigt oder verlangsamt haben.

3 Ausgangslage und theoretische Erklärungsansätze

Ausgehend vom Jahr 1999 hat sich die Beschäftigung in allen westdeutschen Bundesländern positiv entwickelt (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Beschäftigungswachstum am Arbeitsort in den westdeutschen Bundesländern, 1999 bis 2013, 1999 = 100 Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Den größten Beschäftigungszuwachs gab es in Hamburg gefolgt von Bayern und Niedersachsen. Baden-Württemberg befindet sich auf dem vierten Platz. Verglichen mit den Jahren 1993 bis 2001 – der Zeitraum der ursprünglichen Analyse von Rau/Werner (2005) – hat sich einiges verändert, denn in diesem Zeitraum wiesen nur Bayern und das Saarland ein positives Beschäftigungswachstum auf.

Auch wenn jedes Bundesland im Schnitt ein positives Beschäftigungswachstum verzeichnen kann, so gibt es doch innerhalb der Bundesländer auf Kreisebene deutliche Unterschiede. In Niedersachsen findet man beispielsweise die kreisfreie Stadt Wolfsburg mit der günstigsten Beschäftigungsentwicklung im Westen Deutschlands (mit im Durchschnitt 4,9 % pro Jahr), aber andererseits auch den Landkreis Osterode am Harz, der eine der ungünstigsten Beschäftigungsentwicklungen hatte (-0,8 %). Innerhalb Baden-Württembergs liegt die Spanne zwischen 1,8 Prozent im Landkreis Heilbronn sowie in Biberach und -0,0 Prozent in Heidenheim und dem Zollernalbkreis.

Um diese regionalen Unterschiede der Beschäftigungsentwicklung erklären zu können, wurde für die folgende Analyse eine Shift-Share-Regression verwendet. Bei einer solchen Analyse wird die Entwicklung der Beschäftigung in eine Struktur- und eine Standortkomponente zerlegt. Bei der Strukturkomponente wird untersucht, wie sich die Beschäftigung in einer Re-

gion dadurch entwickelt, dass die Wirtschaftsstruktur in der Region von der im Referenzraum (d. h. hier in Westdeutschland) abweicht. Die Standortkomponente fängt systematische Einflüsse der Region (auf die Beschäftigungsentwicklung) auf, die nicht von den Strukturmerkmalen erklärt werden können.

Wichtige Determinanten der Beschäftigungsentwicklung sind die Branchenstruktur, die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten und die Betriebsgrößenstruktur (siehe Hamann et al. 2005: Kapitel 3.1). Systematische Einflüsse auf die Beschäftigung, die nicht durch die oben erwähnten Erklärungsgrößen erfasst werden, sondern auf Gunst- und Ungunstfaktoren der betrachteten regionalen Einheit, also des Landes Baden-Württemberg oder seiner Kreise, beruhen, werden in Form von Standortfaktoren abgebildet. Solche regionalen Standortfaktoren sind unter anderem „die Nähe zu großen Absatz- und Beschaffungsmärkten, die großräumige Erreichbarkeit des Standorts oder vorhandene FuE-Einrichtungen“ (Hamann et al. 2005: 14).

Die „Neue Regionalökonomik“, die aus Arbeiten von Krugman (1993) und Fujita/Krugman/Venables (1999) hervorging, liefert Erklärungsansätze für diese regionalen Unterschiede. Danach hängt die räumliche Verteilung von Unternehmen vom Verhältnis zwischen agglomerationsfördernden und agglomerationshemmenden Kräften ab. Bestehen für ein Unternehmen Anreize, die Produktion auf möglichst wenige Standorte zu konzentrieren, woraus steigende Skalenerträge entstehen, so wird das Entstehen einer Agglomeration gefördert. Bei steigenden Skalenerträgen werden hohe Fixkosten bei größerer Produktionsmenge auf eine größere Stückzahl umgelegt, wodurch die Stückkosten mit der Menge fallen. Ob in einer Branche mit steigenden Skalenerträgen produziert werden kann, hängt entscheidend von der verwendeten Produktionstechnologie ab. Solche Größenvorteile spielen vor allem im Produzierenden Gewerbe eine wichtige Rolle.

Die Transportkosten eines Unternehmens spielen bei der Standortentscheidung ebenfalls eine große Rolle. Nach Weber (1909) suchen Unternehmen den sogenannten tonnenkilometrischen Minimalpunkt für ihren Standort, an dem die Gesamttransportkosten zwischen Produktionsort und Konsumort minimal sind.

Neben der Standortwahl spielt auch die Branchenstruktur eine Rolle bei der Entwicklung einer Region, da die Transportkosten, die die Standortwahl eines Unternehmens beeinflussen, je nach hergestellten Gütern oder angebotenen Dienstleistungen variieren.

Eng verbunden mit der Branchenstruktur ist die Betriebsgröße. Besonders im Dienstleistungssektor, aber auch im Produzierenden Gewerbe, wo wenig Anreize zu weniger Standorten bestehen, können sinkende Transportkosten zu einer Spezialisierung eines Unternehmens in kleinere Einheiten führen. Obwohl die Betriebsgrößenstruktur zum Teil von der Branchenstruktur beeinflusst wird, zeigt sich in den Analysen, dass über diesen Zusammenhang hinaus auch ein unabhängiger Betriebsgrößeneffekt zu beobachten ist.

Als weitere Strukturkomponente wird die Qualifikation der Beschäftigten berücksichtigt. Sowohl in der endogenen Wachstumstheorie als auch in der Außenhandelstheorie spielt Humankapital für die Entwicklung einer Region eine große Rolle. In Westeuropa findet „zunehmend

mend eine Spezialisierung auf wissensintensive Produktionsprozesse und Forschung“ statt, die auf (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind (Hamann et al. 2005: 16).

4 Kurzbeschreibung der Daten

Bereits 2005 wurde für Baden-Württemberg eine „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ („VALA“) durchgeführt. Diese bezog sich damals auf den Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2001. Die aktuelle Studie umfasst den Analysezeitraum der Jahre 1999 bis 2013. Es werden erneut Effekte betrachtet, die einen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung haben, und wie sich diese Effekte im Lauf der Zeit geändert haben.

Die Datenbasis der Analyse bildet die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), die durch das IAB zur Beschäftigungshistorik (BeH) aufbereitet wird. Der Beobachtungszeitraum reicht von 1999 bis 2013. Alle Daten beziehen sich jeweils auf den Stichtag 30.06. eines Jahres. Es sind nur Informationen zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthalten. Auszubildende wurden in der Analyse nicht berücksichtigt, da ihre Zuordnung zur Gruppe der geringqualifizierten oder der qualifizierten Beschäftigten arbiträr erscheint. Das Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird nicht mehr in Vollzeit-Äquivalenten wie in der vorherigen Analyse, sondern in Köpfen angegeben. Für die Anteilsvariablen Qualifikation und Betriebsgröße wurden die mittleren Anteile als Gewichte verwendet. Die Gewichte für die Dummy-Variablen sind die Anteile einer Branche im jeweiligen Kreis. Die Einteilung der Branchen erfolgte auf Grundlage der Wirtschaftszweiklassifikation 2008.

5 Analyse der Beschäftigungsentwicklung

5.1 Beschäftigungsentwicklung

Baden-Württemberg verzeichnet im Beobachtungszeitraum von 1999 bis 2013 ein durchschnittliches jährliches Beschäftigungswachstum von 0,84 Prozent. Ebenso wird für alle anderen westdeutschen Bundesländer ein positives Wachstum beobachtet, wobei Baden-Württemberg den vierthöchsten Wert aufweist, hinter Hamburg (1,20 %), Bayern (1,09 %) und Niedersachsen (1,06 %).

Von den baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen weisen lediglich der Kreis Heidenheim und der Zollernalbkreis einen schwachen Beschäftigungsrückgang von -0,02 bzw. -0,01 Prozent auf. Im Landkreis Heilbronn (1,85 %), gefolgt von Biberach (1,78 %), dem Bodenseekreis (1,61 %) und dem Hohenlohekreis (1,57 %) fällt das Beschäftigungswachstum am stärksten aus.

Im Folgenden werden die Einflussfaktoren der unterschiedlichen regionalen Beschäftigungsentwicklung ausführlich betrachtet. Dazu dient die „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA). Dabei werden die jährlichen Wachstumsraten der Beschäftigung für alle Kreise in Deutschland genauer analysiert. Es sind Aussagen nicht nur auf Kreisebene, sondern auch auf Bundeslandebene oder auf Ebene von West- bzw. Ostdeutschland möglich. Das Ziel der Untersuchung besteht darin, die Effekte, die von Branchen-, Qualifikations-

und Betriebsgrößenstruktur sowie dem Standort auf das regionale Beschäftigungswachstum ausgehen, zu analysieren.

5.2 Brancheneffekt

Der Brancheneffekt gibt den Einfluss auf das Beschäftigungswachstum an, der durch die regionale Branchenstruktur bestimmt wird. Für jede Branche wird zuerst für Westdeutschland ermittelt, ob sie einen positiven oder negativen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum ausübt (siehe Tabelle A 1 im Anhang). In einem weiteren Schritt wird der regionale Beschäftigungsanteil dieser Branche mit dem Anteil in Westdeutschland insgesamt verglichen. Um den Brancheneffekt für einen Kreis (Bundesland) zu ermitteln, werden schließlich die Ergebnisse der Auswirkung der jeweiligen Branche auf die Beschäftigungsentwicklung mit dem Anteil der Branche im Kreis (Bundesland) gemittelt. In Baden-Württemberg ist dieser Brancheneffekt mit -0,03 Prozentpunkten relativ schwach und geringfügig negativ. Somit wäre das durchschnittliche jährliche Beschäftigungswachstum in Baden-Württemberg leicht höher gewesen, wenn die Branchenstruktur identisch mit der in Westdeutschland insgesamt gewesen wäre (bzw. die Branchenstruktur im Land hat das Beschäftigungswachstum leicht gebremst). Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein weisen ebenfalls einen leicht negativen Wert auf, während Hamburg und Bremen einen positiven Brancheneffekt verzeichnen. Dass sich der Wert für Baden-Württemberg nahe Null bewegt, deutet darauf hin, dass die Branchenstruktur des Landes derjenigen Westdeutschlands ähnlich ist, oder aber dass sich die positiven und negativen Einflüsse, die sich durch die Branchenstruktur der Region ergeben, kompensieren. Würde die Branchenstruktur in Baden-Württemberg der Struktur Westdeutschlands entsprechen, so hätte Baden-Württemberg einen geschätzten Anstieg des durchschnittlichen Beschäftigungswachstums von 0,03 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Das Gesundheits- und Sozialwesen ist in Baden-Württemberg die Branche, in der die meisten Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (10,1 %). Im Durchschnitt aller westlichen Bundesländer liegt dieser Wert sogar bei 11,1 Prozent. In Heidelberg sind prozentual am meisten Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt (21,6 %). Zwischen 1999 und 2013 stieg in dieser Branche die Beschäftigung kontinuierlich an. Lediglich von 2004 auf 2005 ging die Anzahl der Beschäftigten zurück, stieg danach bis 2013 aber wieder stark an.

Auf Platz zwei und drei der beschäftigungsstärksten Branchen befinden sich der Einzelhandel (7,9 %) und die öffentliche Verwaltung (6,4 %). Der Einzelhandel gehört zu den Branchen, die weiterhin wachsen, allerdings nicht so stark wie das Gesundheits- und Sozialwesen.

Mit dem Fahrzeug- und Maschinenbau sind zwei der wichtigsten Branchen Baden-Württembergs, die eine positive Beschäftigungswirkung haben, gleichzeitig auch im Land überdurchschnittlich vertreten. Für drei weitere Branchen trifft dies ebenfalls zu (siehe Tabelle 1). Außerdem sind zwölf der Branchen mit negativer Beschäftigungsentwicklung unterdurchschnittlich vertreten, was sich ebenfalls positiv im Brancheneffekt niederschlägt.

Ein negativer Brancheneffekt für Baden-Württemberg ergibt sich dadurch, dass neun Branchen, darunter auch das Gesundheits- und Sozialwesen, das den höchsten Beschäftigungs-

anteil auf westdeutscher Ebene verzeichnet, im Land unterdurchschnittlich vertreten sind, sie sich aber positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken. Eine weitere negative Auswirkung auf den Brancheneffekt entsteht dadurch, dass sieben Branchen, die einen negativen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung insgesamt ausüben, in Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe Beschäftigungsanteile aufweisen.

Tabelle 1: Beschäftigungswirkung und -anteile der Branchen in Baden-Württemberg, 1999 bis 2013

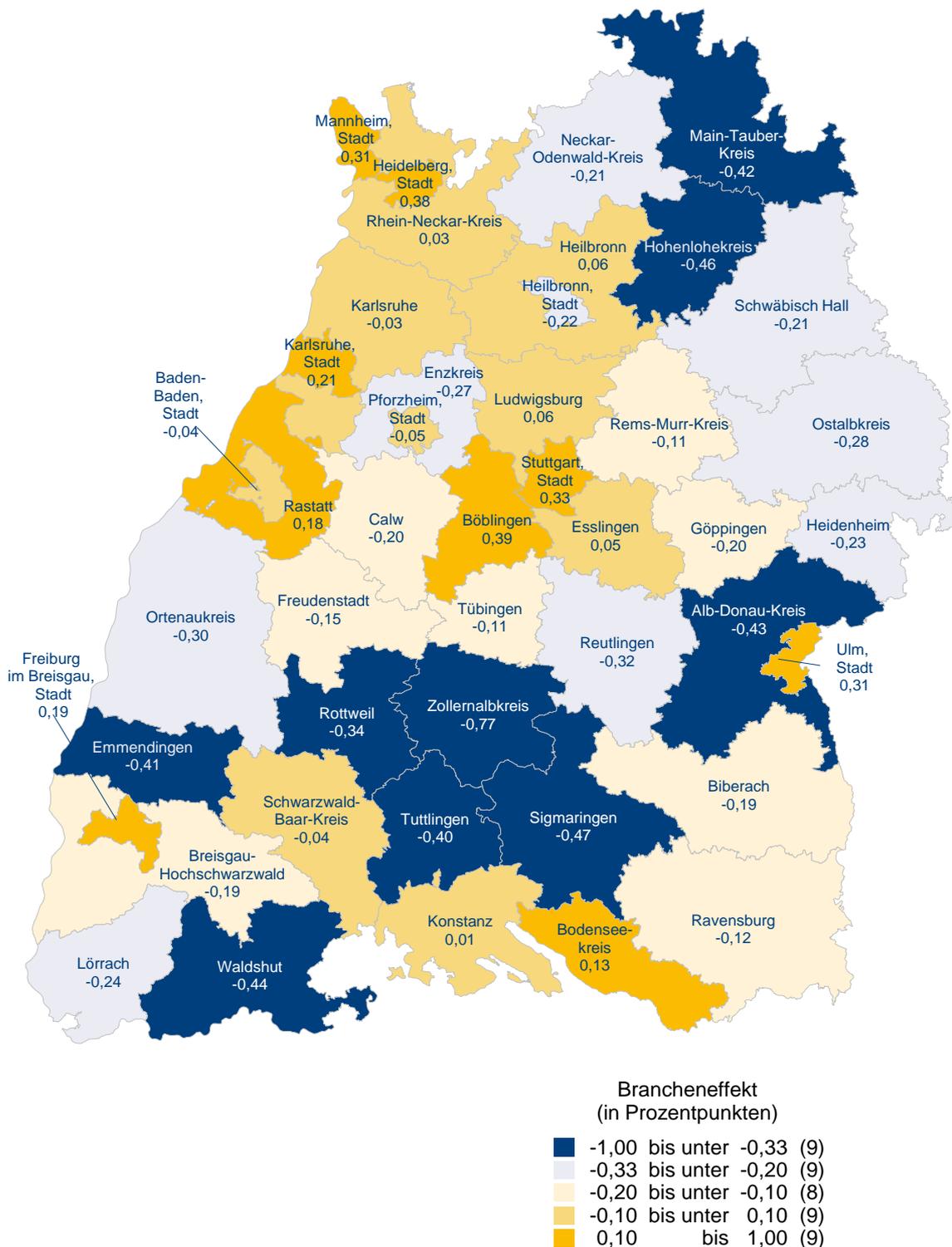
Branchen	Anteil der Beschäftigten an allen Beschäftigten im Land (in %)	Beschäftigungswirkung
Branchen mit positivem Beschäftigungseffekt und gleichzeitig Beschäftigungsanteil in Baden-Württemberg über dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder (++)		positiv
Maschinenbau	5,9	
Fahrzeugbau	4,7	
Reparatur/Instandhaltung von Industriegütern	0,5	
Informations-/Kommunikationstechnologie	2,2	
freiberuflichen/technischen/wissenschaftlichen Dienstleistungen	5,8	
Branchen mit negativem Beschäftigungseffekt und gleichzeitig Beschäftigungsanteil in Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder (--)		
Land-/Forstwirtschaft/Fischerei	0,5	
Bergbau/Erden/Rohöl	0,1	
Nahrung	2,4	
Chemie/Pharma/Kunststoffe	2,8	
Glas/Keramik	0,6	
Baugewerbe	5,4	
Handel/Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,0	
Großhandel	5,1	
Einzelhandel/Reparatur von Gebrauchsgütern	7,9	
Finanzdienstleistungen	3,3	
Grundstücks-/Wohnungswesen	0,8	
Öffentliche Verwaltung/Interessenvertretung/exterritoriale Organisationen	6,4	
Branchen mit positivem Beschäftigungseffekt und gleichzeitig Beschäftigungsanteil in Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder (+-)		negativ
Energie-/Wasserversorgung/Entsorgung	1,1	
Transport/Lagerei	3,9	
Gastgewerbe	3,5	
sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	3,7	
Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften	1,4	
Erziehung/Unterricht	3,1	
Gesundheits- und Sozialwesen	10,1	
Kunst/Unterhaltung/Erholung/persönliche Dienstleistungen	1,9	
Private Haushalte	0,4	
Branchen mit negativem Beschäftigungseffekt und gleichzeitig Beschäftigungsanteil in Baden-Württemberg über dem Durchschnitt aller westdeutschen Länder (- +)		
Herstellung von Textilien/Leder	0,8	
Papier/Holz/Möbel	1,7	
Metallerzeugung/-verarbeitung	4,8	
elektronische/optische Geräte	2,2	
Elektroindustrie	1,8	
Herstellung von sonstigen Erzeugnissen	1,3	
Informationsgestaltung/Verlagswesen/Druck/Medienerzeugnisse	2,1	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Zwischen den Kreisen Baden-Württembergs lassen sich einige Unterschiede feststellen: so ist der Brancheneffekt in den meisten Stadtkreisen positiv bis stark positiv (siehe Tabelle A 2 im Anhang). In Stuttgart und Mannheim ist dies auf die besonders hohen Anteile im Fahrzeugbau, bei den „freiberuflichen/technischen/wissenschaftlichen Dienstleistungen“ sowie bei den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ zurückzuführen, die alle einen positiven Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung ausüben. Gleichzeitig sind in Stuttgart mit Ausnahme der Branchen „Informationsgestaltung/Verlagswesen“ und Finanzdienstleistungen sowie dem „Grundstücks- und Wohnungswesen“ die Beschäftigungsanteile aller Branchen, die eine negative Auswirkung auf die Beschäftigungsentwicklung ausüben, unterdurchschnittlich. Heidelberg profitiert insbesondere vom hohen Beschäftigtenanteil im Gesundheits- und Sozialwesen.

In den Landkreisen Zollernalbkreis (-0,77 Prozentpunkte), Hohenlohekreis (-0,46) und Main-Tauber-Kreis (-0,42) ist der Effekt der Branchenstruktur dagegen stark negativ (vgl. Karte 1). Diese Unterschiede sind vor allem durch die ungünstige Mischung aus hohen Beschäftigtenanteilen in Branchen, die sich negativ auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken (dies trifft beispielsweise auf 10 von 33 Branchen im Zollernalbkreis zu) und gleichzeitig eine nur relative geringe Zahl an Beschäftigten in „Wachstumsbranchen“, begründet (dies trifft beispielsweise auf 12 von 33 Branchen im Zollernalbkreis zu).

Karte 1: Brancheneffekt in baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013



Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06.

5.3 Qualifikationseffekt

Der Qualifikationseffekt spiegelt den Einfluss wider, der zum einen darauf basiert, dass sich die regionale Qualifikationsstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Struktur unter-

scheidet und zum anderen, ob ein höherer Beschäftigtenanteil einer Qualifikationsgruppe einen positiven oder negativen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum in einer Region ausübt. Beim Qualifikationseffekt wird zwischen Geringqualifizierten (ohne abgeschlossene Berufsausbildung), Qualifizierten (abgeschlossene Berufsausbildung), Hochqualifizierten (Fach- oder Hochschulabschluss) und Personen mit unbekannter beruflicher Bildung unterschieden.

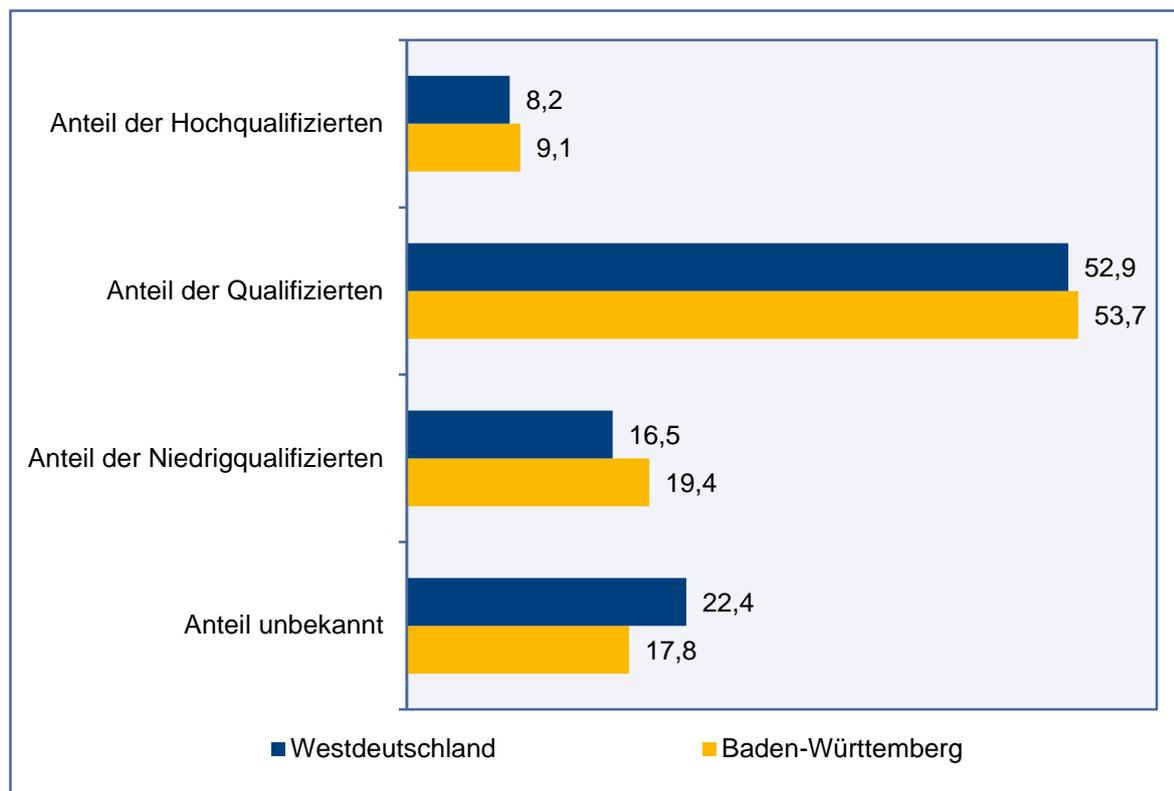
Für Baden-Württemberg liegt der Qualifikationseffekt bei 0,09 Prozentpunkten. Daraus folgt, dass die unterschiedliche Qualifikationsstruktur in Baden-Württemberg im Vergleich zu Westdeutschland, dazu geführt hat, dass ceteris paribus (d. h. unter sonst gleichen Umständen) das Beschäftigungswachstum in Baden-Württemberg leicht höher ausgefallen ist, als es der Fall gewesen wäre, wenn die Qualifikationsstruktur identisch mit der im westdeutschen Durchschnitt gewesen wäre. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es im Bundesland zum einen überdurchschnittlich hohe Beschäftigtenanteile von Hochqualifizierten gibt, die sich positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken und zum anderen relativ wenig qualifizierte Beschäftigte, die einen negativen Einfluss ausüben.

Die meisten Beschäftigten im Bundesland haben eine Berufsausbildung. Im Durchschnitt fallen 53,7 Prozent der Beschäftigten in Baden-Württemberg (Westdeutschland: 52,9 %) in diese Gruppe (vgl. Abbildung 6). Allerdings wird für diese Qualifikationsgruppe ein leicht negativer Einfluss auf das Beschäftigungswachstum geschätzt.

Im Bundesland hat die Gruppe der Hochqualifizierten einen Anteil von 9,1 Prozent. Der Wert liegt in Baden-Württemberg über dem westdeutschen Durchschnitt von 8,2 Prozent. Die Gruppe der Hochqualifizierten übt einen signifikant positiven Einfluss auf das Beschäftigungswachstum aus. Obwohl der Anteil der Hochqualifizierten in Baden-Württemberg etwas zugenommen hat, sollte das Land sich trotzdem weiterhin darauf konzentrieren, für eine bessere Qualifikation zu sorgen, da Betriebe zunehmend Schwierigkeiten haben, „Stellen mit hohem Qualifikationsprofil mit entsprechend qualifizierten Personen zu besetzen“ (IAW 2016: 2).

Auch der Anteil der Geringqualifizierten liegt in Baden-Württemberg etwas über dem westdeutschen Durchschnitt (lediglich der Anteil mit unbekannter Berufsausbildung ist im Bundesland geringer). Die Gruppe der Geringqualifizierten übt allerdings keinen signifikanten Effekt auf das Beschäftigungswachstum aus. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass für fast ein Fünftel der Beschäftigten Angaben zu ihrer Qualifikation fehlen.

Abbildung 6: Qualifikationsanteil in Baden-Württemberg und Westdeutschland, in Prozent, Durchschnitt 1999 bis 2013



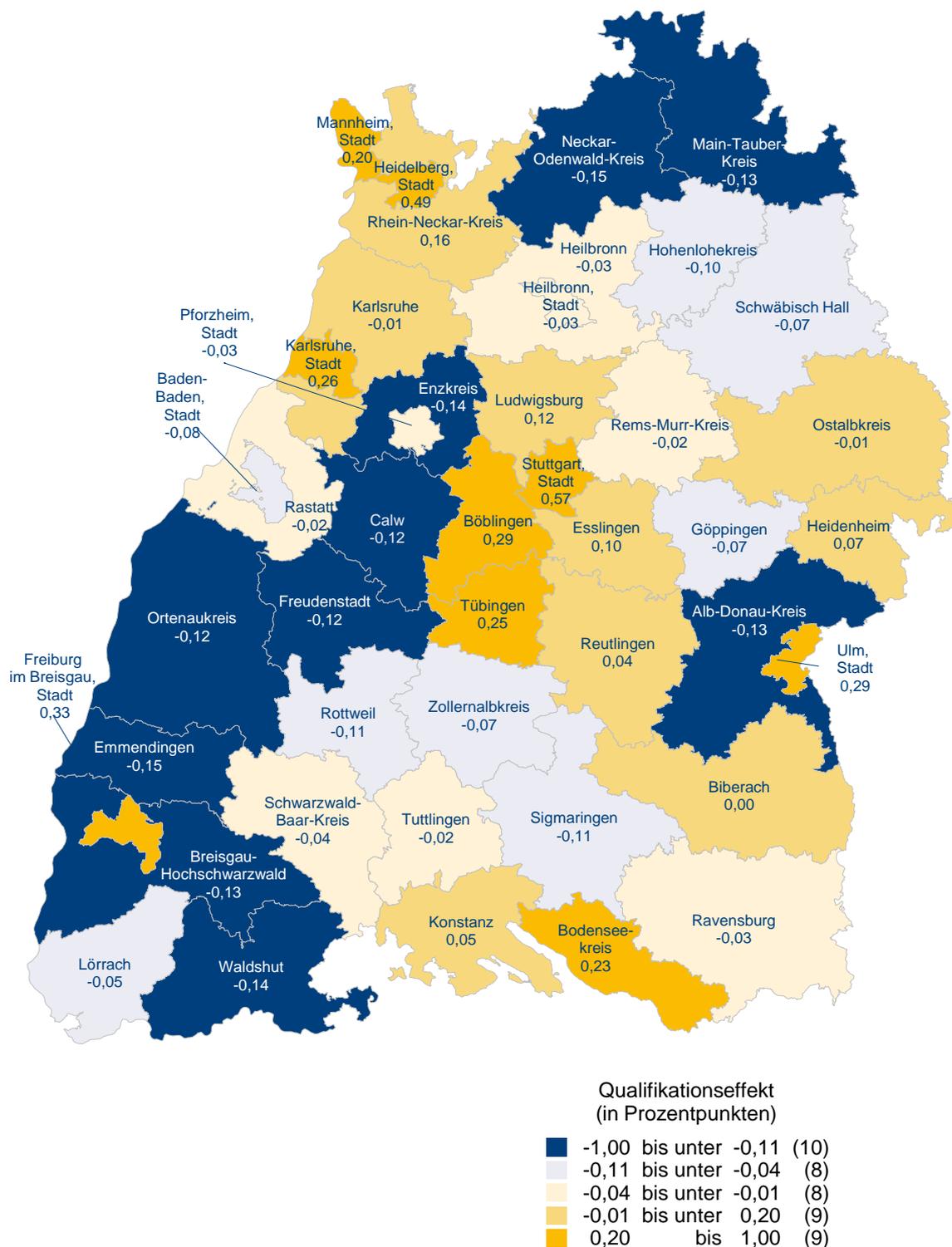
Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06, eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Kreisebene, so findet man im Bundesland den höchsten Anteil an Hochqualifizierten im Stadtkreis Stuttgart. Eine Vielzahl von Unternehmen haben dort den Sitz ihrer Zentrale, in dem tendenziell der Anteil an Hochqualifizierten besonders hoch ist. Ebenso nimmt in Stuttgart der FuE-Bereich einen hohen Stellenwert ein. Das zeigt sich darin, dass der überwiegende Teil der betrieblichen Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Baden-Württemberg in diesen Bereich fließt. Folglich findet man hier auch den günstigsten Qualifikationseffekt (0,57 Prozentpunkte; vgl. Karte 2).

Auf dem zweiten Platz rangiert Heidelberg mit einem Anteil von 17,1 Prozent an Hochqualifizierten. Einige medizinische und pharmazeutische Betriebe sind hier angesiedelt. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind im Gesundheitswesen überdurchschnittlich nachgefragt. Auch zeigt sich, dass „in Universitätsstädten durch Verknüpfung von Forschungseinrichtungen und Universitäten eine Forschungslandschaft entstehen kann“, woraus eine hohe Nachfrage nach Hochqualifizierten resultiert (Rau/Werner 2005: 28).

Generell fällt ins Auge, dass in den größten Städten des Landes (Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Ulm und Heidelberg) der Qualifikationseffekt besonders positiv ausfällt. Der Neckar-Odenwald-Kreis und Emmendingen weisen besonders negative Werte auf. Vor allem der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten ist hier gering.

Karte 2: Qualifikationseffekt in den baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013



Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06.

5.4 Betriebsgrößeneffekt

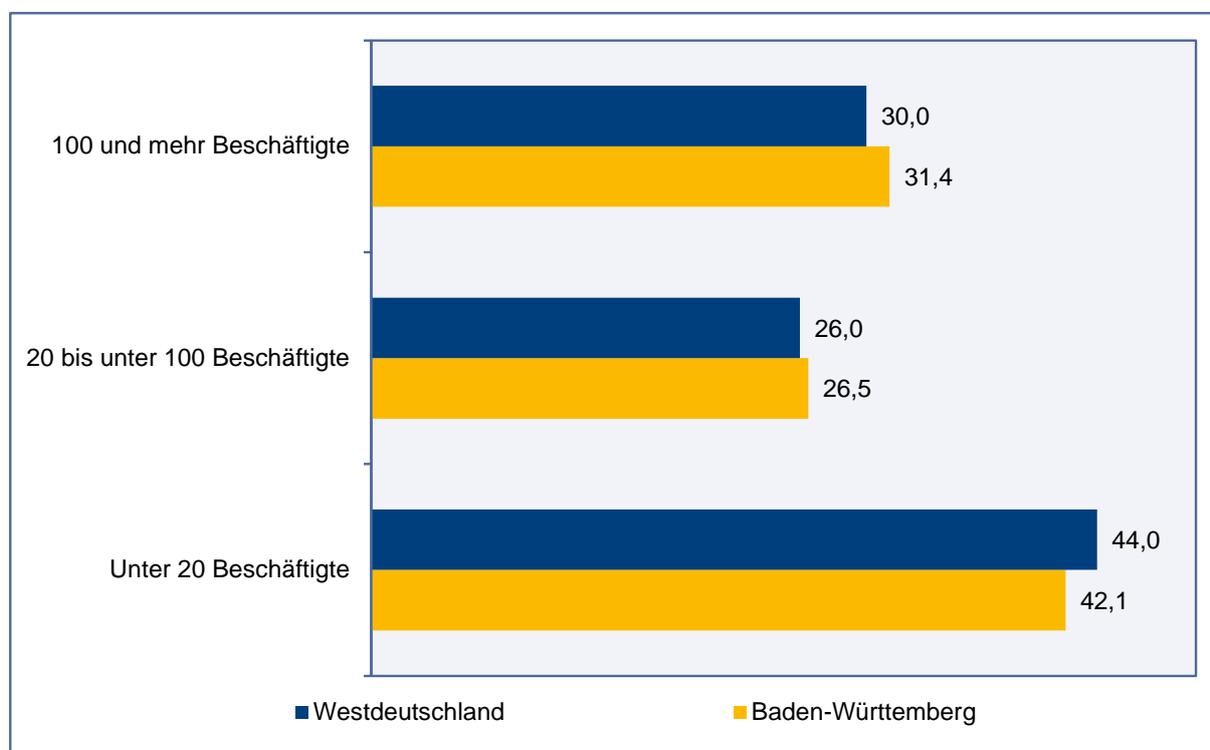
Produktionstechnik und Art der im Betrieb produzierten Güter haben großen Anteil bei der Bestimmung der optimalen Betriebsgröße. Durch neue Produktionssysteme wie just-in-time-

Produktion und gesunkene Transportkosten kommt es zu einer Dezentralisierung von Produktionsstrukturen. Dadurch kommt es zu einer Verschiebung zu immer kleineren Betriebsgrößen. Sind in einer Region verhältnismäßig viele kleinere Betriebe angesiedelt, so deutet dies auf eine dezentrale Produktionsstruktur hin. Die Betriebsgrößen werden für die Analyse in drei Größenklassen unterteilt: 1–19 Beschäftigte, 20–99 Beschäftigte und mindestens 100 Beschäftigte.

Für Baden-Württemberg wird ein Betriebsgrößeneffekt von -0,08 Prozentpunkten geschätzt. Der Betriebsgrößeneffekt gibt an, inwieweit die Betriebsgröße die regionale Beschäftigungsentwicklung beeinflusst, weil die regionale Betriebsgrößenstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Struktur abweicht. Die Betriebsgrößenstruktur in Baden-Württemberg ist der Struktur Westdeutschlands zwar sehr ähnlich, führt aber ceteris paribus dazu, dass das Beschäftigungswachstum im Bundesland etwas geringer ausfällt, als wenn die Struktur identisch mit der in Westdeutschland gewesen wäre.

Kleinere Betriebe haben einen signifikant positiven Einfluss auf das Beschäftigungswachstum. Mittlere und größere Betriebe üben dagegen einen signifikant negativen Effekt auf das Beschäftigungswachstum aus. Da knapp 58 Prozent aller Beschäftigten in Baden-Württemberg in mittleren und größeren Betrieben arbeiten, fällt der Betriebsgrößeneffekt folglich negativ aus (siehe Abbildung 7). Außerdem sind kleinere Betriebe, die sich positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken, in Baden-Württemberg unterdurchschnittlich häufig vertreten.

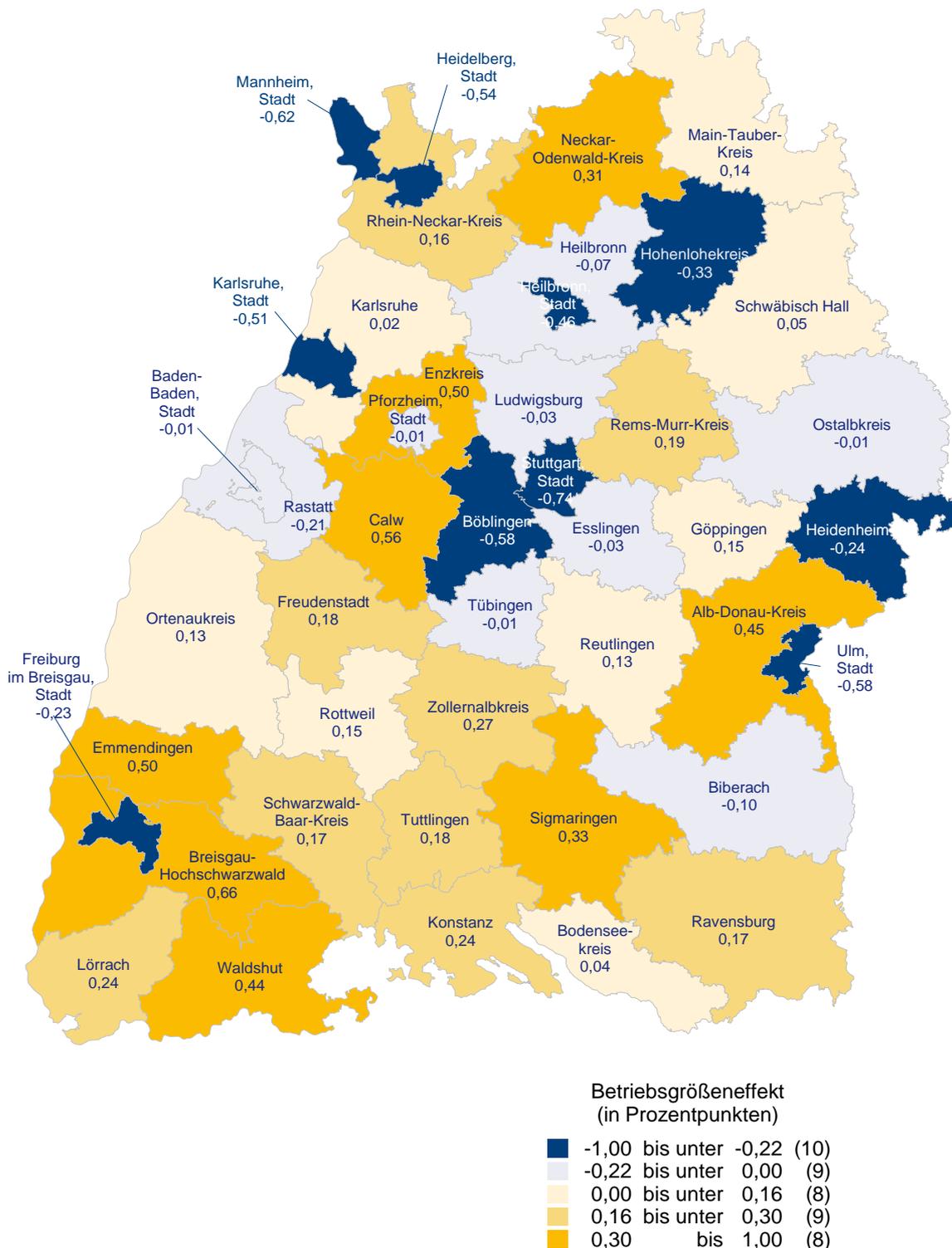
Abbildung 7: Betriebsgrößen in Baden-Württemberg und Westdeutschland, in Prozent, 1999 bis 2013



Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06, eigene Berechnungen.

Auf Kreisebene fällt der Betriebsgrößeneffekt für Städte wie Stuttgart (-0,74 Prozentpunkte), Böblingen (-0,58), Mannheim (-0,62) und Ulm (-0,58) stark negativ aus. In diesen Städten ist der Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben besonders hoch. Dagegen ist in den Kreisen Calw, Enzkreis, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Waldshut und Alb-Donau-Kreis der Betriebsgrößeneffekt positiv. In diesen Kreisen dominieren die kleineren Betriebe und der Anteil der Großbetriebe ist relativ niedrig.

Karte 3: Betriebsgrößeneffekt in den baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013



Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06.

5.5 Standorteffect

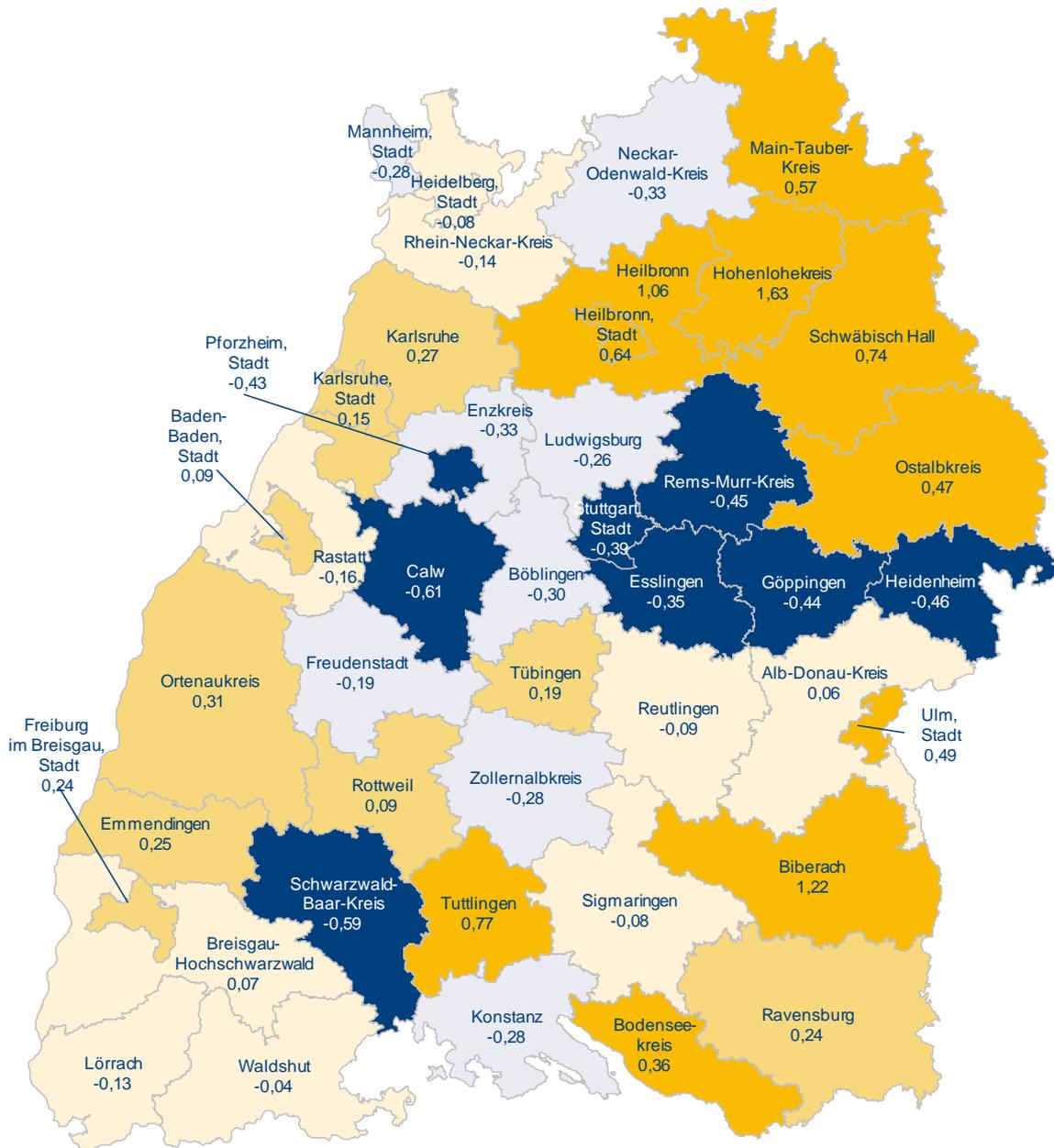
Systematische Einflüsse auf die Beschäftigungsentwicklung in einer bestimmten Region, die sich nicht durch die Strukturvariablen erklären, werden im Standorteffect zusammengefasst.

Zu regionalen Standortfaktoren können beispielsweise die Infrastruktur einer Region, die Nähe zu großen Absatz- und Beschaffungsmärkten, die Erreichbarkeit des Standortes oder vorhandene FuE-Einrichtungen gehören. Neben diesen Agglomerationsvorteilen können aber auch entsprechende Nachteile wie Staus, hohe Mieten usw. auftreten. Außerdem spielen die sogenannten „weichen Standortfaktoren“, wie das Image der Region, Kultur- und Freizeitangebote, eine Rolle.

Der Standorteffekt kann in zwei Teile zerlegt werden: zum einen in den Bundeslandeffekt und zum anderen in den Kreiseffekt. Der Bundeslandeffekt weist den Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung der durchschnittlichen Standortbedingungen im Bundesland relativ zu denen in Westdeutschland aus und gilt für alle Kreise in dem Bundesland. In Baden-Württemberg fällt er mit 0,01 Prozentpunkten nur sehr gering aus und ist zudem nicht signifikant. Neben Baden-Württemberg ist der Effekt nur in Bayern, Hamburg und Niedersachsen positiv.

Neben dem Bundeslandeffekt kann auch ein Kreiseffekt berechnet werden. Dieser lässt sich als Einfluss auf das Beschäftigungswachstums der regionalen Standortbedingungen relativ zu den Standortbedingungen im Bundesland interpretieren. Hierbei zeigen sich wieder deutliche Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen. Abgesehen von Freiburg im Breisgau schneiden die meisten Stadtkreise schlechter ab, wie das Beispiel Heilbronn zeigt: Für den Stadtkreis Heilbronn wird die Auswirkung des Standorteffekts auf das durchschnittliche Beschäftigungswachstum auf 0,64 Prozentpunkten geschätzt, während er im benachbarten Landkreis Heilbronn mit 1,06 Prozentpunkte nochmals deutlich höher liegt. Für die Stadtkreise Stuttgart, Mannheim, Heidelberg und Pforzheim ist der Standorteffekt sogar negativ. Diese Auffälligkeit könnte ein Indiz für Suburbanisierungsprozesse sein. Aufgrund niedrigerer Bodenpreise im suburbanen Raum, also dem Umland der Kernstadt, verbesserter Verkehrsinfrastruktur und niedrigeren Transportkosten kann es für Unternehmen lukrativer sein, ihren Standort ins Umland zu verlegen. Es hat eine „Verschiebung der Agglomerationsvorteile und Agglomerationsnachteile zu Gunsten des Umlands stattgefunden“ (Rau/Werner 2005: 35).

Karte 4: Standorteffect in den baden-württembergischen Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013



Abweichung vom westdeutschen Durchschnitt
in Prozentpunkten

- -1,00 bis unter -0,34 (8)
- -0,34 bis unter -0,18 (8)
- -0,18 bis unter 0,08 (9)
- 0,08 bis unter 0,34 (9)
- 0,34 bis unter 2,00 (10)

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06.

6 Überblick über die westdeutschen Bundesländer und Vergleich mit früheren Ergebnissen

6.1 Brancheneffekte

Neben Baden-Württemberg ist auch für Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern der Brancheneffekt negativ. In Hamburg und Bremen wirkt die Branchenstruktur stark positiv (vgl. Tabelle 2). Auch wenn die Branchenstruktur in Baden-Württemberg sich nach wie vor negativ auf die Beschäftigungsentwicklung auswirkt, hat sich dieser Effekt im Vergleich zum Zeitraum der ersten Analyse abgeschwächt.⁶ Im Analysezeitraum 1993 bis 2001 fiel der Brancheneffekt mit -0,07 Prozentpunkten für Baden-Württemberg stärker negativ aus (siehe Rau/Werner 2005: 17).

Tabelle 2: Übersicht Brancheneffekt in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1993 bis 2001 und 1999 bis 2013

Bundesland	Brancheneffekt	
	1993–2001	1999–2013
Schleswig-Holstein	0,08	-0,03
Hamburg	0,81	0,30
Niedersachsen	-0,03	0,01
Bremen	0,41	0,35
Nordrhein-Westfalen	-0,12	0,00
Hessen	0,29	0,07
Rheinland-Pfalz	-0,25	-0,08
Baden-Württemberg	-0,07	-0,03
Bayern	-0,04	-0,07
Saarland	-0,17	0,10

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06, eigene Berechnungen.

6.2 Qualifikationseffekte

Baden-Württemberg nimmt im westdeutschen Vergleich gemeinsam mit Hamburg und Hessen Platz eins beim Qualifikationseffekt ein. Dagegen liegt der Effekt insbesondere in Schleswig-Holstein aber auch in Niedersachsen deutlich im negativen Bereich (vgl. Tabelle 3).

⁶ Die Zuordnung der Wirtschaftszweige zu den Branchen unterscheidet sich geringfügig zwischen den Analysen. Somit ist die Vergleichbarkeit leicht eingeschränkt.

Tabelle 3: Übersicht Qualifikationseffekte in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013

Bundesland	Qualifikationseffekt	
	1993–2001	1999–2013
Schleswig-Holstein	-0,14	-0,23
Hamburg	0,25	0,09
Niedersachsen	-0,13	-0,11
Bremen	0,13	0,02
Nordrhein-Westfalen	0,02	-0,04
Hessen	0,18	0,09
Rheinland-Pfalz	-0,11	-0,08
Baden-Württemberg	0,09	0,09
Bayern	0,03	0,04
Saarland	-0,10	-0,08

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06, eigene Berechnungen.

Im Vergleich zum Zeitraum von 1993 bis 2001 hat sich der Wert für Baden-Württemberg nicht verändert (siehe Rau/Werner 2005: 58).

6.3 Betriebsgrößeneffekte

Betrachtet man den Betriebsgrößeneffekt auf westdeutscher Ebene, so befindet sich Baden-Württemberg im Mittelfeld. Besonders in Schleswig-Holstein, aber auch in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen fällt der Effekt deutlich positiv aus. In diesen Bundesländern herrschen auch jeweils die kleinen Betriebsgrößen vor. In Bayern und Nordrhein-Westfalen weicht die Betriebsgrößenstruktur kaum von der im westdeutschen Durchschnitt ab, so dass hier nur sehr kleine Effekte geschätzt werden.

Tabelle 4: Betriebsgrößeneffekte in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013

Bundesland	Betriebsgrößeneffekte	
	1993–2001	1999–2013
Schleswig-Holstein	0,37	0,43
Hamburg	-0,33	-0,34
Niedersachsen	0,16	0,18
Bremen	-0,25	-0,30
Nordrhein-Westfalen	-0,07	-0,02
Hessen	-0,11	-0,12
Rheinland-Pfalz	0,10	0,19
Baden-Württemberg	-0,05	-0,08
Bayern	0,00	0,01
Saarland	-0,18	-0,12

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06, eigene Berechnungen.

Der Betriebsgrößeneffekt fiel bereits in den Jahren 1993 bis 2001 in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz positiv aus. Nicht nur für Baden-Württemberg, sondern generell ist zu sehen, dass die Größenordnungen der Effekte sehr ähnlich geblieben sind. Dies verdeutlicht, dass die regionalen Strukturmerkmale sehr langfristig wirken.

6.4 Standorteffekte

Wirft man einen Blick auf den Bundeslandeffekt, so lässt sich feststellen, dass Hamburg und Bayern die günstigsten Standorteffekte in Westdeutschland aufweisen. In Baden-

Württemberg ist die Ausprägung des Standorteffekts der des westdeutschen Durchschnitts sehr ähnlich. Schleswig-Holstein, Bremen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen sind dagegen durch eher ungünstige Standortbedingungen gekennzeichnet.

Tabelle 5: Standorteffekte in den westdeutschen Bundesländern, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013

Bundesland	Standorteffekte	
	1993–2001	1999–2013
Schleswig-Holstein	-0,33	-0,32
Hamburg	-0,70	0,31
Niedersachsen	-0,32	0,13
Bremen	-1,72	-0,31
Nordrhein-Westfalen	-0,07	-0,16
Hessen	-0,25	-0,15
Rheinland-Pfalz	-0,05	-0,04
Baden-Württemberg	0,18	0,01
Bayern	0,53	0,27
Saarland	0,40	-0,32

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06, eigene Berechnungen.

Bereits im Zeitraum 1993 bis 2001 wies Bayern einen (hohen) positiven Wert auf. Allerdings ist auffällig, dass sich der Wert des Effekts für einige Länder stark geändert hat. So war beispielsweise der geschätzte Effekt im Saarland ehemals positiv, während er in der Aktualisierung (zusammen mit Schleswig-Holstein) den ungünstigsten Wert aufweist. Für Baden-Württemberg ist der geschätzte Standorteffekt zwar positiv geblieben, dafür aber deutlich geringer als im ursprünglichen Analysezeitraum. Während früher eher ein Nord-Süd-Gefälle mit relativ hohen Werten im Süden (mit Ausnahme Hessens) und geringeren Werten im Norden erkennbar war, ist dies im Zeitraum von 1999 bis 2013 nicht mehr der Fall, da Hamburg und auch Niedersachsen einen höheren Wert aufweisen als beispielsweise Baden-Württemberg.

In einem Vergleich mit den Jahren 1993–2001 fällt auf, dass die Stadtstaaten bei weitem nicht mehr so stark negative Werte (bzw. im Falle Hamburgs jetzt sogar einen positiven Wert) aufweisen. Dies könnte darauf hindeuten, dass die damals vorherrschende Phase der Suburbanisierung sich langsam wieder umkehrt, hin zum Prozess der Reurbanisierung. Buch et al. (2014) zeigen, dass vor allem die Vielfalt an Möglichkeiten (sowohl beruflich als auch in der Freizeit) Großstädte attraktiv machen. Aus Hamann/Niebuhr/Peters (2016) geht zudem hervor, dass in Regionen mit sehr großen Arbeitsmärkten, auch dadurch (zumindest kleine) Vorteile entstehen, weil die Wahrscheinlichkeit steigt, passende Arbeitskräfte zu finden.

7 Fazit

Von 1999 bis 2013 verlief die Beschäftigungsentwicklung in allen westdeutschen Bundesländern positiv. Baden-Württemberg kann auf ein jahresdurchschnittliches Beschäftigungswachstum von 0,8 Prozent zurückblicken. Höher lag das Beschäftigungswachstum nur in Hamburg (1,2 Prozent) sowie in Bayern und Niedersachsen (jeweils 1,1 Prozent). Innerhalb des Bundeslands nahm die Beschäftigung in fast allen Kreisen zu. Es gab aber auch zwei Kreise (Heidenheim und Zollernalbkreis) mit einem leichten Beschäftigungsrückgang. Insgesamt lag die Spannweite der Beschäftigungsentwicklungen bei 1,8 Prozentpunkte. Dies ver-

deutlich die Notwendigkeit, dass regionale Faktoren bei der Analyse der Beschäftigungsentwicklung berücksichtigt werden sollten.

In diesem Bericht wurde der Effekt verschiedener Determinanten der Beschäftigungsentwicklung untersucht. Dabei wurden die Branchenstruktur, die Betriebsgrößenstruktur, die Qualifikationsstruktur und der Standorteffekt betrachtet.

Für Baden-Württemberg gilt, dass sowohl die Branchen- als auch die Betriebsgrößenstruktur einen schwach negativen Effekt auf die Beschäftigungsentwicklung ausüben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass diese jeweiligen Strukturen von denen im westdeutschen Durchschnitt ungünstig abweichen. So sind wachstumsstarke Branchen im Vergleich zu Westdeutschland unterrepräsentiert und wachstumsschwache Branchen überrepräsentiert. Hinzu kommt, dass durch die hohe Konzentration Baden-Württembergs auf das Produzierende (und dabei besonders das Verarbeitende) Gewerbe, es zu einer hohen Betroffenheit Baden-Württembergs im Hinblick auf das Substituierbarkeitspotential der Berufe durch Computer kommt. Werden Berufe mit hohem Substituierbarkeitspotenzial als solche definiert, in denen mehr als 70 Prozent der Tätigkeiten bereits heute von Computern oder computergesteuerten Maschinen erledigt werden könnten, zeigt sich, dass Baden-Württemberg zusammen mit dem Saarland und Thüringen hier den größten Anpassungsbedarf haben (Buch/Dengler/Matthes 2016). Demnach sind im Bundesland 17,4 Prozent der Beschäftigten von einem hohen Substituierbarkeitspotenzial betroffen.

Im westdeutschen Durchschnitt haben kleinere Betriebe einen signifikant positiven Einfluss auf das Beschäftigungswachstum, während mittlere und größere Betriebe einen signifikant negativen Effekt auf das Beschäftigungswachstum ausüben. Im Hinblick auf diese Ergebnisse ist die Betriebsgrößenstruktur in Baden-Württemberg mit überdurchschnittlichen Anteilen Beschäftigter in mittleren und großen Unternehmen unvorteilhaft.

Besonders günstig für die Beschäftigungsentwicklung ist dagegen die Qualifikationsstruktur im Bundesland. Dieser positive Effekt resultiert aus dem überdurchschnittlichen Anteil an Hochqualifizierten im Land. Besonders in Stuttgart als „Innovationszentrum“ (Rau/Werner 2005: 65) und in Heidelberg mit seinem guten „Netzwerk von Medizin, Biotechnologie und Forschung“ (Rau/Werner 2005: 65) wirken sich die Qualifikationsstruktur positiv auf das Beschäftigungswachstum aus. Obwohl der Anteil der Hochqualifizierten in Baden-Württemberg etwas zugenommen hat, sollte das Land sich trotzdem weiterhin darauf konzentrieren, für eine bessere Qualifikation zu sorgen, da Betriebe zunehmend Schwierigkeiten haben, „Stellen mit hohem Qualifikationsprofil mit entsprechend qualifizierten Personen zu besetzen“ (IAW 2016: 2).

Der Standorteffekt fällt in Baden-Württemberg nur leicht positiv aus und ist nicht statistisch signifikant. Somit unterscheiden sich die durchschnittlichen Standortbedingungen im Bundesland nicht von denen in Westdeutschland insgesamt. Für Bayern, Niedersachsen und Hamburg wurde dagegen ein (signifikanter) positiver Standorteffekt geschätzt. Dies verdeutlicht, dass Baden-Württemberg bei den Standortbedingungen einen Nachholbedarf hat. „Die Wirtschaftspolitik sollte durch die Setzung von Rahmenbedingungen in der Infrastruktur- und Forschungspolitik sowie in anderen Bereichen bessere Voraussetzungen für Investitionen schaffen“ (IAW 2016: 1).

Literatur

Baden-Württemberg (2016a): Bevölkerung. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/unser-land/land-und-leute/bevoelkerung/>. Abgerufen am: 21.03.2016.

Baden-Württemberg (2016b): Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg. <http://www.bw-invest.de/de/home/marktueberblick/branchen/ausgewaehlte-branchen/gesundheitswirtschaft.html>. Abgerufen am: 21.03.2016.

Baden-Württemberg (2016c): Lebensqualität in Baden-Württemberg. <http://www.bw-invest.de/de/home/marktueberblick/lebensqualitaet.html>. Abgerufen am: 23.03.2016.

Baden-Württemberg (2016d): Wirtschaftsstandort. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/unser-land/wirtschaftsstandort>. Abgerufen am: 18.03.2016.

Balleer, Almut; Gehrke, Britta; Lechthaler, Wolfgang; Merkl, Christian (2016): Does short-time work save jobs? A business cycle analysis. In: European Economic Review 84, S. 99-122.

Buch, Tanja; Dengler, Katharina; Matthes, Britta (2016): Relevanz der Digitalisierung für die Bundesländer: Saarland, Thüringen und Baden-Württemberg haben den größten Anpassungsbedarf. IAB-Kurzbericht 14/2016.

Buch, Tanja; Hamann, Silke; Niebuhr, Annekatrin; Rossen, Anja (2014): What makes cities attractive? The determinants of urban labour migration in Germany In: Urban Studies 51, 9, S. 1960-1978.

Deutsches Patent- und Markenamt (2016): Patentanmeldungen nach Bundesländern 2015. <http://presse.dpma.de/presseservice/datenzahlenfakten/statistiken/patente/>. Abgerufen am: 23.06.2016.

Eckelt, Jan-Peter (2014): Zensus 2011: Was uns der Zensus über die kulturelle Vielfalt in Baden-Württemberg verrät.

Fischer, Berthold; Vullhorst, Udo; Werner, Joachim (2009): Wirtschaftskrisen und Konjunkturzyklen in Baden-Württemberg seit 1950.

Fujita, Masahisa; Krugman, Paul R.; Venables, Anthony J. (1999): The Spatial Economy – Cities, Regions, and International Trade. Cambridge, Mass.: MIT-Press.

Hamann, Silke; Jahn, Daniel; Rau, Matthias; Wapler, Rüdiger (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Rheinland-Pfalz IAB Rheinland-Pfalz-Saarland 01/2005.

Hamann, Silke; Niebuhr, Annekatrin; Peters, Cornelius (2016): Benefits of dense labour markets. IAB-Discussion Paper 13/2016.

IAW, (Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen) (2016): Nach der Landtagswahl: Prioritäten für die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg, Pressemitteilung vom 30. März 2016.

Krugman, Paul R. (1993): Geography and Trade. Cambridge, Mass.: MIT Press.

Krumm, Raimund; Strotmann, Harald (2009): Zur Positionierung des Landes im nationalen und internationalen Standortwettbewerb. IAW-Wirtschaftsmonitor Baden-Württemberg 2009.

Landeszentrale für politische Bildung (2003): Eine kleine politische Landeskunde.

Rau, Matthias; Werner, Daniel (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Baden-Württemberg. IAB Baden-Württemberg 01/2005.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016): Informationen zur interaktiven Visualisierung "Regionale Strukturanalyse". <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Interaktive-Visualisierung/regionale-Strukturanalyse/Generische-Publikationen/Informationen-Regionale-Strukturanalyse.pdf>. Abgerufen am: 13.04.2016.

Statistisches Bundesamt (2016a): Globalisierungsindikatoren. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Globalisierungsindikatoren/Tabellen/01_02_03_AH.html. Abgerufen am: 21.03.2016.

Statistisches Bundesamt (2016b): Hochschulen auf einen Blick 2016.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2016a): Baden-Württemberg mit höchster FuE-Intensität in der EU. <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Presse/Pressemitteilungen/2016064.pm>. Abgerufen am: 23.03.2016.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2016b): Bevölkerungsvorausrechnung nach Altersgruppen. <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Vorausrechnung/98015021.tab?R=LA>. Abgerufen am: 04.05.2016.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2016c): Migrantenanteil im Bundesvergleich. <http://statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/MigrNation/MN-MigrAnteil.jsp>. Abgerufen am: 22.03.2016.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2016d): Südwestindustrie segelte 2015 im konjunkturellen Aufwind. Neue Rekordwerte bei Umsatz, Exportquote, Beschäftigten und Entgelten. Pressemitteilung Nr. 97/2016.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2015): Forschungsintensität: Baden-Württemberg hält Spitzenposition. Pressemitteilung Nr. 181/2015.

Weber, Alfred (1909): Über den Standort der Industrien. Tübingen: Mohr.

Wehling, Hans-Georg (1999): Baden-Württemberg. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die Bundesländer, 50 Jahre Bundesrepublik, Heft 1/2 1999. Stuttgart, S. 5-11.

Zimmermann, Klaus F. (2009): Das Wirtschaftswunderjahr 2009. IZA Standpunkte No. 22.

Anhang

Tabelle A 1: Geschätzte Auswirkung auf die Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Branchen, der Qualifikationsgruppen sowie der Betriebsgrößen für Westdeutschland

	Geschätzter Effekt auf Beschäftigungsentwicklung ¹⁾
Branche	
Land-/Forstwirtschaft/Fischerei	-
Bergbau/Erden/Rohöl	-
Nahrung	-
Herstellung von Textilien/Leder	-
Papier/Holz/Möbel	-
Chemie/Pharmazeutische Erzeugnisse/Kunststoffe	-
Glas/Keramik	-
Metallerzeugung/-verarbeitung	-
Elektronische/optische Geräte	-
Elektroindustrie	-
Maschinenbau	+
Fahrzeugbau	+
Herstellung von sonstigen Erzeugnissen	-
Reparatur/Instandhaltung von Industriegütern	+
Energie-/Wasserversorgung/Entsorgung	-
Baugewerbe	-
Handel/Reparatur von Kraftfahrzeugen	-
Großhandel	-
Einzelhandel/Reparatur von Gebrauchsgütern	-
Transport/Lagerei	+
Gastgewerbe	+
Informationsgestaltung/Verlagswesen	-
Informations-/Kommunikationstechnologie	+
Finanzdienstleistungen	-
Grundstücks-/Wohnungswesen	-
Freiberufliche/technische/wissenschaftliche Dienstleistungen	+
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	+
Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften	+
Öffentliche Verwaltung/Interessenvertretung/exterritoriale Organisationen	-
Erziehung/Unterricht	-
Gesundheits-/Sozialwesen	+
Kunst/Unterhaltung/Erholung/persönliche Dienstleistungen	-
Private Haushalte	+
Qualifikationsgruppen	
Geringqualifiziert	-
Qualifiziert	-
Hochqualifiziert	+
Berufliche Bildung unbekannt	-
Betriebsgrößen	
Kleinere Betriebe (1– 50 Beschäftigte)	+
Mittlere Betriebe (51–250 Beschäftigte)	-
Großbetriebe (mindestens 251 Beschäftigte)	-

¹⁾ Nur statistisch signifikante Effekte werden aufgelistet.

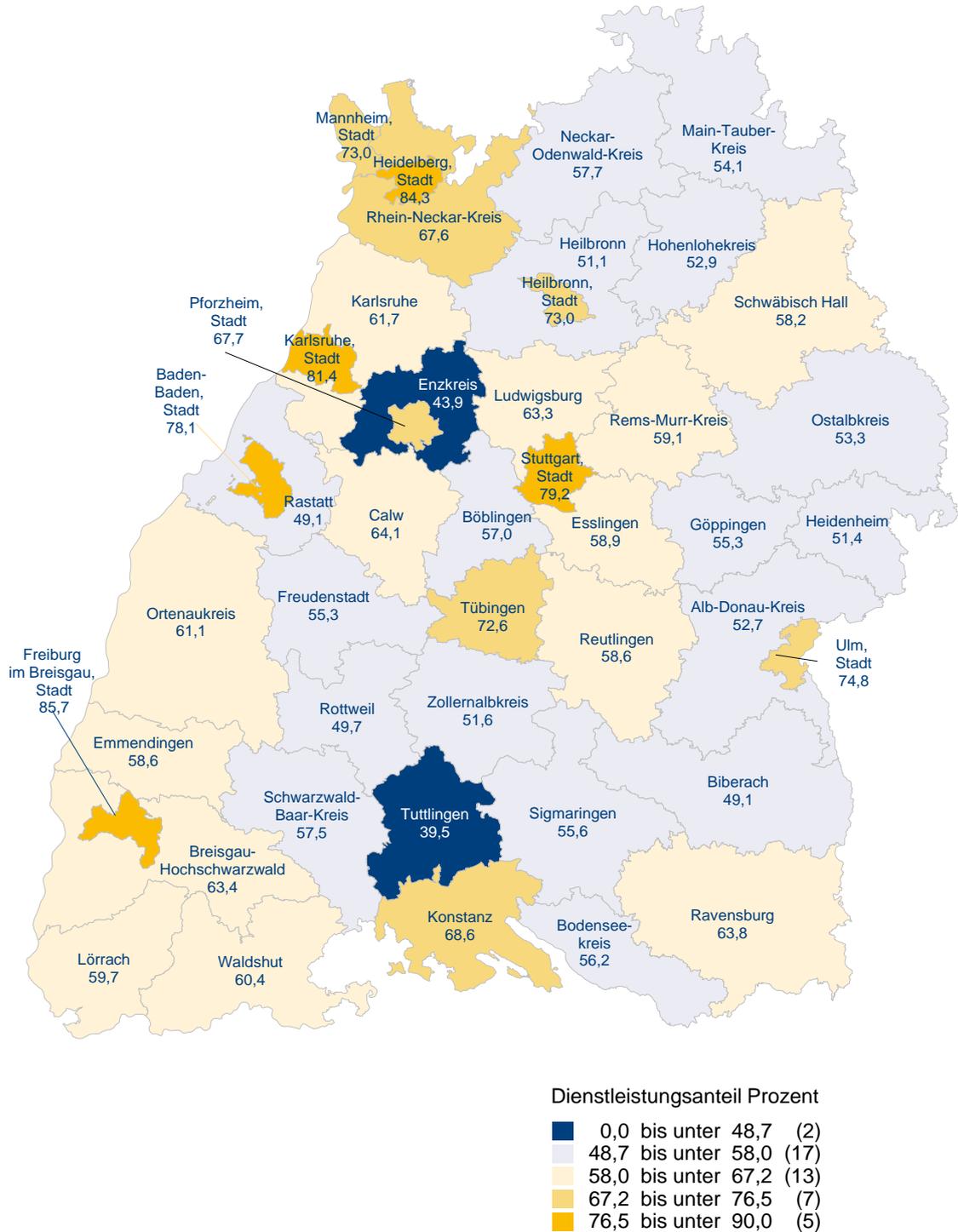
Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06; eigene Berechnungen.

Tabelle A 2: Übersicht über die Effekte in den Kreisen, in Prozentpunkten, 1999 bis 2013

Kreisname	Brancheneffekt	Qualifikationseffekt	Betriebsgrößeneffekt	Standorteffekt
Stuttgart	0,33	0,57	-0,74	-0,39
Böblingen	0,39	0,29	-0,58	-0,30
Esslingen	0,05	0,10	-0,03	-0,35
Göppingen	-0,20	-0,07	0,15	-0,44
Ludwigsburg	0,06	0,12	-0,03	-0,26
Rems-Murr-Kreis	-0,11	-0,02	0,19	-0,45
Heilbronn, Stadt	-0,22	-0,03	-0,46	0,64
Heilbronn	0,06	-0,03	-0,07	1,06
Hohenlohekreis	-0,46	-0,10	-0,33	1,63
Schwäbisch Hall	-0,21	-0,07	0,05	0,74
Main-Tauber-Kreis	-0,42	-0,13	0,14	0,57
Heidenheim	-0,23	0,07	-0,24	-0,46
Ostalbkreis	-0,28	-0,01	-0,01	0,47
Baden-Baden	-0,04	-0,08	-0,01	0,09
Karlsruhe, Stadt	0,21	0,26	-0,51	0,15
Karlsruhe	-0,03	-0,01	0,02	0,27
Rastatt	0,18	-0,02	-0,21	-0,16
Heidelberg	0,38	0,49	-0,54	-0,08
Mannheim	0,31	0,20	-0,62	-0,28
Neckar-Odenwald-Kreis	-0,21	-0,15	0,31	-0,33
Rhein-Neckar-Kreis	0,03	0,16	0,16	-0,14
Pforzheim	-0,05	-0,03	-0,01	-0,43
Calw	-0,20	-0,12	0,56	-0,61
Enzkreis	-0,27	-0,14	0,50	-0,33
Freudenstadt	-0,15	-0,12	0,18	-0,19
Freiburg im Breisgau	0,19	0,33	-0,23	0,24
Breisgau-Hochschwarzwald	-0,19	-0,13	0,66	0,07
Emmendingen	-0,41	-0,15	0,50	0,25
Ortenaukreis	-0,30	-0,12	0,13	0,31
Rottweil	-0,34	-0,11	0,15	0,09
Schwarzwald-Baar-Kreis	-0,04	-0,04	0,17	-0,59
Tuttlingen	-0,40	-0,02	0,18	0,77
Konstanz	0,01	0,05	0,24	-0,28
Lörrach	-0,24	-0,05	0,24	-0,13
Waldshut	-0,44	-0,14	0,44	-0,04
Reutlingen	-0,32	0,04	0,13	-0,09
Tübingen	-0,11	0,25	-0,01	0,19
Zollernalbkreis	-0,77	-0,07	0,27	-0,28
Ulm	0,31	0,29	-0,58	0,49
Alb-Donau-Kreis	-0,43	-0,13	0,45	0,06
Biberach	-0,19	0,00	-0,10	1,22
Bodenseekreis	0,13	0,23	0,04	0,36
Ravensburg	-0,12	-0,03	0,17	0,24
Sigmaringen	-0,47	-0,11	0,33	-0,08

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB V09.06; eigene Berechnungen.

Karte A 1: Dienstleistungsanteil in den Kreisen in Baden-Württemberg, in Prozent, 1999 bis 2013



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

In der Reihe IAB-Regional Baden-Württemberg sind zuletzt erschienen:

Nummer	Autoren	Titel
01/2016	Thoma, Oliver; Wedel, Katharina	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge in der dualen Ausbildung in Baden-Württemberg im Jahr 2014
01/2015	Hamann, Silke; Jahn, Daniel; Thoma, Oliver; Wapler, Rüdiger; Wittenburg, Stefan	Übergänge von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung
02/2014	Fertig, Michael; Fuchs, Philipp; Hamann, Silke; Wietölter, Doris	Erste Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes "Passiv-Aktiv-Tausch" * öffentlich geförderte Beschäftigung in Baden-Württemberg
01/2014	Jahn, Daniel; Pilger, Carmen, Wapler, Rüdiger	Übergänge nach der Ausbildung in Baden-Württemberg – Wie wirkt sich die Teilnahme am Übergangssystem aus?
01/2013	Pilger, Carmen; Jahn, Daniel	Gesundheitswesen in Baden-Württemberg, Struktur und Entwicklung der Beschäftigung

Eine vollständige Liste aller Veröffentlichungen der Reihe „IAB-Regional“ finden Sie [hier](http://www.iab.de/de/publikationen/regional.aspx):

<http://www.iab.de/de/publikationen/regional.aspx>

Impressum

IAB-Regional. IAB Baden-Württemberg
Nr. 02/2016

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

http://doku.iab.de/regional/BW/2016/regional_bw_0216.pdf

Eine vollständige Liste aller erschienenen Berichte finden
Sie unter
[http://www.iab.de/de/publikationen/regional/baden-
wuerttemberg.aspx](http://www.iab.de/de/publikationen/regional/baden-wuerttemberg.aspx)

ISSN 1861-2245

Rückfragen zum Inhalt an:

Oliver Thoma
Telefon 0711.941 1455
E-Mail oliver.thoma5@iab.de

Rüdiger Wapler
Telefon 0711.941 1451
E-Mail ruediger.wapler@iab.de